

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 12. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen 40 Pf., für die poltische und gewerkschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Hochfesten bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pränumeration: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., höchstens 38 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

#### Kant.

(Gestorben am 12. Februar 1804.)

Der gewaltige Lebensstrom der Aufklärung, der, den Aufstieg des Bürgertums begleitend, in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von England über Frankreich nach Deutschland braust, flutet in der französischen Revolution von der Philosophie zur That und findet, zum Ocean sich weitend, in dem kantischen System seine wissenschaftliche Vertiefung und Vollendung. Die freie Vernunft, die in Deutschland vor Kant zum spießbürgerlichen Geschwätz einer nutzlosen Verständigkeit verflachte, ward zur Schöpferin einer in alle Fernen und Tiefen greifenden Weltanschauung. Die platte Schulweisheit unter sich lassend, meisterte sie auch die Dinge zwischen Himmel und Erde, nachdem sie den Himmel und die Erde in univervaler Forschung das gesamte Zugängliche Einzelwissen erfassend und im Denken zusammenschließend aus dem Chaos irrenden Phantasieren und ideenlosen Nichtsehens der Probleme in das Licht der strengen, einseitlichen und gesegmähigen Wissenschaft gehoben hatte.

Kant ging in der Naturwissenschaft von Newton, der dem Weltall seine Gesetze fand, in der Wissenschaft von der Menschheit und ihrer Bestimmung in der Gesellschaft von Rousseau, dem Propheten der französischen Revolution aus. Natur und Menschheit fand er in einem System, das die Kausalität der starren mechanischen Notwendigkeit in der Natur mit der ehernen Notwendigkeit einer Kulturfreiheit vereinigte. Und wenn er nicht alle wissenschaftliche Wahrheit erschöpfte und erschöpfen wollte — Kant zeigte gerade den Abertug solchen Begreifens — so wies er doch den einzig möglichen Weg zur Wissenschaft, die, selbst in ewigem Fluße, niemals vollendet, immer zur Verneuerung strebend, in der stolzen Arbeit der Menschengeschlechter aufwärts steigt.

Kants Werk „Ist aber wurde in tragischem Geschick nach kurzem Weltwirken — ohne daß die Zeitgenossen es ganz auszuschnöpfen vermochten — tief verschüttet. Die im 19. Jahrhundert aufwuchernde Reaktion begrub ihn. Nicht nur, daß er nicht zum Führer der revolutionären That ward — ausgenommen die schwachen Spuren in der sogenannten preussischen Wiedergeburt nach Jena — auch sein Gedankentwerk wurde vergessen oder verstümmelt. Die Reaktion konnte ihn nicht ertragen; so entstellte sie ihn. Und da dieser Denker — nicht ganz ohne die eigene Schuld der Konzeptionen an die Unfreiheit seiner Zeit — die herrschenden Wahngedanken durch Umdeutung zu beseitigen liebte, so konnte die Umdeutung zur Quelle von Mißdeutungen werden, die sich bis zum heutigen Tage durch die vulgären Schreiber schleppen und ihrerseits die Schriftsteller verführen, die aus solchen abgeleiteten Quellen schöpfen.

Kant hat seine wissenschaftliche Methode, die er die „transzendente“ nannte — die vom Denken zur Naturwelt der Erfahrung „hinausgehende“ — in das schlichte Epigramm negativ zusammengefaßt: „Gedanken ohne Inhalt sind leer, Anschauungen ohne Begriffe sind blind“. Mit diesem Schlagwort wies er einmal die Kopfsplitter ab, die aus dem Hirne nach der formalen Logik äußerlich zusammenstimmende Systeme wirteten, leere Phantasien gaukelten, mit dem Vorteil, daß sie die unsägliche Nähe der im Laufe der Jahrtausende gewonnenen wissenschaftlichen Ergebnisse, der millionenfälligen Experimente und der geduldrigen, vorzüglichen und bescheidenen Beobachtung erparten. Andererseits verworf er mit seinem Worte die in dem Chaos zufälliger „Erfahrungen“ ohne Leitung taumelnden und willkürlich gegen Rapportenismus des Denkens, der sich von den Dingen treiben läßt, ohne sie systematisch zu beherrschen.

Was nach Kant kam, war ein wildes Spiel solcher Leeren und Blinden: Eine in Reblen fiebernde Natur- und eine mit „Ideen“ prumende Geschichtsphilosophie; daneben die Verächter der Theorie, die Praktiker, die Regenwärmer gruben und mit diesem Thun sich brüsteten. Es entstand jener konservative Historismus, der die Vergangenheit nur zu dem Zweck aufleben ließ, um zu beweisen, daß man gerade unter diesen oder jenen Königen und Ministern den Höchstgrad menschlicher Vollendung erreicht: Eine epidemische Geisteskrankheit, die noch heute von den Verfechtern der herrschenden Ordnung gegen den revolutionären „Rationalismus“ ausgespielt wird. So feiert z. B. ein viel gerühmter königlich sächsischer Philosoph unserer Tage gegenüber einer „abstrakten Nützlichkeitstheorie“ den „organisch gewordenen, in den Lebensanschauungen und Sitten einer Volksgemeinschaft wurzelnden Staat, der nicht die geringste Würdigung für das dort vergeblich erstrebte Wohl der Gesamtheit in der Stetigkeit und Sicherheit seiner Entwicklung erbliden darf.“ Und diese „organische“ Entwicklung, deren Hauptsache die Langsamkeit ist — gipfelt dann in der weisen Vorhersage des angestammten Herrscherhauses, „dessen Träger, durch seine Geburt schon über allem Streit der Parteien und der Sonderinteressen erhoben, in seiner Person symbolisch die Gesamtpersönlichkeit des Staates zum Ausdruck bringt und in seinem Streben und Wollen thätig die Zwecke der Gemeinschaft zu seinem eignen Lebenszweck gemacht hat.“

Es ist das weltgeschichtliche Verdienst des wissenschaftlichen Sozialismus, es ist das Werk von Karl Marx, daß er gegenüber der leeren Ideologie seiner Zeit und der blinden Empirie wieder in die Bahn der großen klassischen Tradition einlenkt, die allein zur Wissenschaft führt. Wenn Kant seine „Kritiken“ eigentlich nur als methodischen Rahmen gedacht hat, in den alle Einzelwissenschaften einzuarbeiten seien, so fällt Marx diesen Rahmen auf dem Gebiete der Geschichte und Oekonomie, Kants geringe Andeutungen dieser Art zugleich weit überholend. Er nannte die ungeheure Mannigfaltigkeit der geschichtlichen Erfahrung in dem Granitbau eines einheit-

lichen Systems, das nicht „Ideen“ zusammensetzt und auch nicht bloße „Thatsachen“ aneinander reiht, sondern die im Innersten revolutionäre Gesetzmäßigkeit des wirklichen Geschehens erkennt, deutet und gestaltet. Und glücklicher als der in dem engen Deutschland des 18. Jahrhunderts eingesperrte Denker wurde der Theoretiker der Geschichte und Wirtschaft unmittelbar zum praktischen Schöpfer einer geschichtlichen Bewegung von einer revolutionären Kraft und weltumspannender Bedeutung, die ihresgleichen in der Vergangenheit nicht hat. Neben Kant tritt Marx, und der eherner Gleichklang der beiden Namen mag diesem Zusammenhang ein Symbol sein.

Kants zugleich nüchternes und erhabenes Geschäft ist es, die Kriterien, Bedingungen, Schöpfungsmittel, Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnis zu finden. Was ist Wissenschaft? Wie ist Wissenschaft möglich? Die Frage beantwortet er, indem er das ganze Gerüst des menschlichen Denkens aufbaut, so wie es sich in der Geschichte der Wissenschaft andeutet. Er schließt den Streit zwischen Denken und Erfahrung, zwischen Geist und Materie, Theorie und Praxis, Vernunft und Sinnlichkeit. An dem Modell der Wissenschaften, die absolute Gewisheit gewähren, prüft er die Leistungsfähigkeit der Vernunft, scheidet er die Gebiete ihrer Betätigung, weist er die Wege, die zur Wahrheit führen. Er taucht in die Urelemente der Erkenntnis und erobert von hier aus die Natur in ihrer Einheit.

Die erkenntnistheoretische Weisheit Kants war für die Entwicklung der Wissenschaften von innerweltlicher Bedeutung und ihre Geltung wird erst erschöpft sein, wenn sie als selbstverständlicher Besitz aller Disziplinen durchdrungen hat. Das Erwachen von den Träumereien der spekulativen Naturmystik im 19. Jahrhundert wird durch die Befinnung auf Kant ermöglicht. Kein Mathematiker, der zu den letzten Fragen seiner Wissenschaft vordringt, der Kant nicht zu befragen hätte. Die Mechanik, die gerade jetzt wieder ihrer schweren Probleme betwacht wird, debattiert unausgesetzt mit Kant. Ein Naturforscher wie Helmholtz mühte sich um das Verständnis der „Kritik der reinen Vernunft“.

Aber nicht nur im Felde der Mathematik und mathematischen Naturwissenschaft wirkt Kant in solcher Lebendigkeit fort, daß es scheint, als ob er erst am Beginn seiner Mission in der Wissenschaft stünde, sondern auch für den Fortschritt der beschreibenden Naturforschung ist Kant von bisher unerwählter Bedeutung. Die moderne Geographie empfängt von ihm entscheidende Anregungen. Der „Vater“ der neueren Physiologie, Johannes Müller, forsch im Geiste Kants. Der Begründer wissenschaftlicher Botanik, Schleiden, der mit Schwann zusammen die Zellentheorie entdeckte, ist unmittelbarer Schüler Kants. Schleiden veröffentlichte 1842 seine „Grundzüge der wissenschaftlichen Botanik“ und diesen grundlegenden Werk schließt er auf zweihundert Seiten eine noch heute sehr lesenswerte methodische Einleitung voraus, die durchaus auf Kants Erkenntnistheorie fußt. Mit ihr schenkt er den „Rebeln phantastischer Kinderträume“ (Schelling) und die Spekulant, die „in arroganter Verneintheit zum Gott aufschwollen wie die Anhänger Hegels“. Er verlangt mit Kant die streng kaufale mechanisch-chemische Naturerklärung, die durch keine mystische „Lebenskraft“ unterbrochen werden darf. Und gegenüber gewissen Rücksällen, die heute wieder gefährlich drohen, sind die Sätze noch recht beachtenswert, die Schleiden damals schrieb: „Seit Aristoteles bis auf die neueste Zeit wagte kein Mann von Wissenschaft, die unbedingte Gültigkeit der ... zuletzt durch Kant ausgebildeten Logik als Katharon (Reinigungsmittel) der Wahrheit in Abrede zu stellen, selbst die Männer nicht, welche aus Mangel an logischer Ausbildung die schmachlichste Verwirrung in der Philosophie anrichteten. Erst in neuerer Zeit hat uns Hegel seine Spielerei mit immer laudendermaßen und geschmacklosen, meist auch sinnlosen Formeln für eine neue, höhere Weisheit in diesem Felde verlaufen wollen. In Schule und Kolleg hört man nun zwar, daß es eine solche Gesetzmäßigkeit unfres Geistes giebt, daß die tiefsten Köpfe ihr Leben daran gesetzt, diese Gesetze zu entwickeln und zu begründen, daß es ohne diese Gesetzmäßigkeit keine echte wissenschaftliche Tätigkeit gäbe; aber sowie man an einen andern speziellen Zweig des Wissens kommt, hat man alles wieder vergessen, von Anwendung des Gelernten ist keine Rede. Ja, man hört wohl gar: wozu die trockene Logik, die hat jeder gesunde Kopf von selbst. Kindische Eitelkeit, die sich einbildet, das so vortage zu haben, an dessen immer weiterer Ausbildung und Begründung seit Jahrtausenden zu arbeiten, die scharfsmügigsten Köpfe, die ausgezeichnetsten Denker nicht verschmäht haben. Hier finde ich gerade den großen Grundfehler in der Bearbeitung unsrer Wissenschaft, der alle unsre Bestrebungen so haltungslos und unsicher macht, daß die Systeme kommen und gehen wie Ephemeriden (Eintagsfliegen), daß was heute aufgestellt und bewundert die ganze Wissenschaft ergreift und beherrscht, morgen durch eine einzige tüchtige Beobachtung über den Haufen geworfen wird.“

Ganz besonders merkwürdig sind Kants biologische Anregungen. Lange vor Darwin bekenn er sich zur Entwicklungsgeschichte der Natur, die von dem niedersten Wesen zum Menschen sich fortbildet, und klarer, wie Darwin und die Darwinisten, spiegelt er nicht eine angebliche kausalmechanische Erklärung vor — die er prinzipiell und ohne Grenzen fordert — wo eine der mechanischen Kausalität fremde Zwecksetzung sich einschleicht. Daher denn auch der neueste Geschichtsschreiber des Descendenzgedankens in einem erst vor kurzen erschienenen Buch der Darstellung der Kantischen Formulierung des Entwicklungsgedankens die Bemerkung anfügt, daß hier ein Standpunkt vertreten ist, der in absehbarer Zeit wieder zahlreiche Vertreter finden dürfte und durch den die Grenzen des Naturerkennens ein für allemal bestimmt umschrieben sind.“

Die Erkenntnistheorie als Mittel aller wissenschaftlichen Methodik ist das eine unergängliche Verdienst Kants. Indem er aber die Grundlagen des Denkens in der Erfahrungswissenschaft fand, reinigte er zugleich das Gebiet der Naturerkenntnis von aller übersinnlichen Metaphysik und die Metaphysik von allem Anspruch auf naturwissenschaftlichen Geltungswert. Er zerriß die religiöse Mythologie zwischen der Naturwissenschaft, aus der sie exiliert wurde, und einer menschlichen Ethik, in der jene keinen Platz hat. Kant ist der Ueberwinder der metaphysisch-mythologischen Weltanschauung. Das ist seine zweite unsterbliche That.

(Ein Schlusartikel folgt.)

#### Einige Dokumente zum japanisch-russischen Konflikt.

London, 9. Februar.

Wenn auch nicht der geringste Zweifel darüber bestehen kann, daß — soweit ein moralischer Maßstab für die heutige Weltpolitik überhaupt zulässig ist — Japan im Rechte und Rußland sich im Unrechte befindet, so ist es doch angebracht, der russischen Propaganda und der deutsch-offiziellen Vandalenschrei rasch, den diplomatischen Beweis dafür zu erbringen, daß die russische Diplomatie das gebietet ist, was sie seit ihrem Aufkommen war: eine Kette von Völkermordern. Nur hat sie im Wechsel der Zeiten ihre Parole geändert: im 18. Jahrhundert mordete sie unter der Fahne der Aufklärung, im 19. Jahrhundert unter der Fahne der Völkerebefreiung; im 20. Jahrhundert unter der Fahne des Weltfriedens.

Als Japan am 17. April 1895 die Früchte seines Sieges über China ernten wollte, da trat Rußland im Namen des Weltfriedens dazwischen und überreichte am 25. April 1895 der japanischen Regierung folgende Note:

„Nachdem die kaiserlich-russische Regierung die japanischen Forderungen an China geprüft hat, ist sie zur Ueberzeugung gelangt, daß die japanische Besetzung der Halbinsel Liautung die chinesische Hauptstadt und die Unabhängigkeit Koreas bedrohen und deshalb den Frieden im fernen Osten gefährden wird.“

Von der herzlichen Freundschaft für Japan befeelt, hat demgemäß die kaiserliche russische Regierung beschlossen, dem Kaiser von Japan den Rat zu erteilen, auf den Besitz der Halbinsel Liautung vollständig zu verzichten.“

Diesem freundschaftlichen Rat schlossen sich Deutschland und Frankreich an und Japan zog sich vom asiatischen Festlande zurück, worauf Rußland sich in der Wandschurri festsetzte. Das eben angeführte Dokument hat die Politik in der Wandschurri für alle fremden Mächte klar definiert. Eine Besetzung Liautungs durch eine fremde Macht ist eine Bedrohung Koreas und des Friedens im fernen Osten. Japan hat sich diese Politik zu eigen gemacht und wendet sie gegen ihren Urheber an. Japan will nur das, was Rußland im Jahre 1895 klar erkannt und anerkannt hat.

Am 27. März 1898, als Folge der deutschen Besetzung von Kiautschou, erhielt Rußland von China die Häfen Port Arthur und Talienwan (jetzt Dalgu) als Pachtung. Der aus diesem Anlaß abgeschlossene Vertrag sichert China seine Souveränitätsrechte über die verpachteten Gebiete. Artikel VIII dieses Vertrags beschäftigt sich mit der russischen Eisenbahnkonzeption in der Wandschurri und bestimmt:

„Aber diese Pachtungskonzeption darf nie und nimmer als Vorwand zur Besetzung chinesischen Territoriums benutzt werden, ebensowenig zur Einmischung in chinesische Angelegenheiten oder zur Schädigung chinesischer Interessen.“

Am 28. August 1900, während des Vorerkrankens, gab der russische Vertreter in London dem britischen Auswärtigen Amte folgende Erklärung ab:

„Um ein einheitliches Vorgehen der Mächte in China zu sichern, schlägt die kaiserlich-russische Regierung folgende Leitgedanken vor: 1. Harmonisches Zusammenwirken der Mächte; 2. Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Regierungssystems in China; 3. Vermeidung aller Schritte, die zu einer Aufteilung Chinas führen könnten; 4. Herstellung einer festen Centralregierung in China, die im Stande wäre, Ordnung und Sicherheit dem Lande zu geben; 5. die kaiserliche russische Regierung verfolgte keine andern Ziele und bleibt diesen Leitgedanken treu und wird auch in Zukunft strikt diesem Programm gemäß handeln.“

Gleichzeitig erhielt der britische Vorkämpfer in Petersburg von der russischen Regierung eine gleichlautende Versicherung. Am 30. August 1900 teilte er seiner Regierung mit: „... Man nahm an, daß Rußland die Krisis in China dazu benutzen werde, Gebietsverbreiterungen zu erlangen durch Besetzung des rechten Ufers des Amurstromes und Nutschwang. Diese Annahme ist vollständig unrichtig. Rußland ist frei von dergleichen Absichten. Alle Pläne, die Rußland dort infolge des Vorerkrankens befehligt, werden nach Wiederherstellung der Ordnung geräumt werden.“

Ueber die endgültige Räumung der Wandschurri durch Rußland wurde am 8. April 1902 ein russisch-chinesischer Vertrag abgeschlossen, in dem u. a. folgende Artikel vorliegen:

1. Der Kaiser von Rußland, geleitet von dem Verlangen, einen neuen Beweis seiner Friedensliebe und seiner Freundschaft für den Kaiser von China zu geben ... giebt seine Zustimmung zur Wiederherstellung der chinesischen Autorität über die Wandschurri, die ein integrier Bestandteil des chinesischen Reiches bleibt, und giebt China die Souveränität über die von russischen Truppen besetzten Gebiete wieder zurück.

2. Innerhalb sechs Monaten nach Unterzeichnung dieses Vertrages hat Rußland die Provinz Nudun bis zum Ablauf zu

Räumen und die Eisenbahn wieder unter chinesische Verwaltung zu stellen.

Die vollständige Räumung sollte am 8. Oktober 1903 vollzogen sein, was bekanntlich nicht geschah und den unmittelbaren Anlaß zum japanisch-russischen Kriege gab. Anstatt die Räumung vorzunehmen, griff Rußland noch nach Korea hinüber und machte Anstalten, ganz Nord-China in seine Macht zu erhalten. Denn auch in der Mongolei ist Rußland tätig. Noch mehr: wie aus dem gestern veröffentlichten Blaubuch über Tibet hervorgeht, wollte Rußland sich sogar Tibets bemächtigen, wenn nicht England noch zeitig genug eingegriffen hätte.

Diese weitumfassenden Eroberungspläne Rußlands ließen Japan das schlimmste befürchten. Es trat deshalb in Unterhandlungen mit Rußland, die erfolglos blieben und deshalb vom Kriege führten. Dies Motiv giebt auch das Dokument des Herrn Kurino, der japanische Vertreter in Petersburg, an, das er am 5. Februar 1904 der russischen Regierung überreichte. Sein Wortlaut wurde vom „Vorwärts“ bereits veröffentlicht.

Es hieß darin:

„Diese Haltung Rußlands, verbunden mit der Ablehnung eines Vertrags abzuschließen über die chinesische Souveränität in der Mandchurie — die trotz aller russischen Versicherungen und Verträge — durch die dauernde russische Besetzung bedroht wird, haben es Japan nahe gelegt, Maßregeln zur Selbstverteidigung zu erwägen, umso mehr, als Rußland unerklärlicherweise die Verhandlungen in die Länge zieht und große militärische und maritime Rüstungen macht, die man nicht mit den friedlichen Zielen Rußlands in Einklang bringen kann.“

Gleichzeitig erklärte der japanische Vertreter dem russischen Minister des Aeußern: Da die japanische Regierung alle Vermöhnungsmittel vergeblich erschöpft hat, um die Beziehungen zwischen den beiden Mächten von allen Ursachen, die zu Mißverständnissen führen könnten, zu befreien, und da sie findet, daß ihre gerechten Vorstellungen und gemäßigten und selbstlosen Vorschläge zur Sicherung des Friedens im fernem Osten nicht die Rücksicht von der russischen Regierung erhalten, die ihnen gebühren, hat sie beschlossen, die diplomatischen Beziehungen mit der russischen Regierung abzubrechen, da sie aus den oben genannten Gründen jeden Wert verloren haben.

Dies war ein Ultimatum — die letzte friedliche Antwort auf die Forderungen, die Japan von Rußland in den letzten Monaten erdulden mußte.

## Eine amtliche Begründung der japanischen Kriegserklärung

ist nunmehr veröffentlicht worden. Sie lautet in ihren wesentlichen Darlegungen folgendermaßen:

Am 12. August v. J. legte die japanische Regierung durch ihren Vertreter in St. Petersburg der russischen Regierung einen Vertragsentwurf vor, welcher folgende Punkte umfaßte:

1. Die gegenseitige Anerkennung der Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit des chinesischen und koreanischen Reichs.
2. Die gegenseitige Anerkennung des Princips der Gleichberechtigung aller Nationen betreffs Handels und der Industrie in diesen Gebieten.
3. Die gegenseitige Anerkennung einerseits der vorherrschenden Interessen Japans in Korea, und andererseits der speziellen Rechte Rußlands in Bezug auf Eisenbahnen in der Mandchurie. Ferner die Anerkennung der respektiven Mächte, die zum Schutze obiger Interessen nötigen Maßregeln zu ergreifen, ohne Verletzung der in § 1 ausgesprochenen Prinzipien.
4. Russischerseits die Anerkennung, daß Japan ausschließlich berechtigt sei, der koreanischen Regierung die zu staatlichen Reformen und der Einrichtung einer geordneten Regierungsform nötigen Ratschläge und Unterstützung zu gewähren.
5. Russischerseits das Versprechen, einer Ausdehnung der koreanischen Eisenbahnen nach der südlichen Mandchurie sowie einem Anschlusse an die ostchinesische Bahn und an die Linie Niukschwang-Schanhailwan keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Es lag in den ursprünglichen Intentionen der japanischen Regierung, daß die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen ihrem Vertreter und der kaiserlich-russischen Regierung in St. Petersburg geführt werden sollten, um auf diese Weise möglichst bald zum Ziele gelangen zu können. Allein dieser Vorschlag stieß auf den entschiedensten Widerpruch der russischen Regierung, welche die Heise Seiner Majestät des Kaisers ins Ausland sowie andre Gründe vorbrach, um eine Zurückleitung der Verhandlungen nach Tokio durchzuführen. Infolge dessen trat eine Verzögerung ein, so daß die russische Antwort erst am 9. Oktober v. J. erfolgte. Diese war in der Form eines Gegenvorschlages abgefaßt, welcher auf folgender Grundlage basierte:

Die russische Regierung lehnte es in erster Linie ab, sich bezüglich der Souveränität und territorialen Integrität Chinas zu engagieren; ebenfalls weigerte sie sich, das Prinzip der Gleichberechtigung aller Nationen bezüglich des Handels in der Mandchurie anzuerkennen. Sie forderte vielmehr Japan auf, zu erklären, daß die Mandchurie und deren Küsten zu der Interessensphäre Japans nicht gehöre. Es wurden auch russischerseits verschiedene Einschränkungen der japanischen Aktionsfreiheit in Korea beantragt. Während dem Rechte Japans, Truppen zum Schutze seiner Interessen nach Korea nötigenfalls zu entsenden, Rußland allerdings zustimmte, wurde daran die Bedingung geknüpft, daß Japan für strategische Zwecke von Gebietsteilen Koreas keinen Gebrauch machen dürfe. Schließlich schlug Rußland vor, eine neutrale Zone innerhalb des koreanischen Gebietes, und zwar nördlich des 38. Breitengrades, zu schaffen. Der japanischen Regierung erschien unter den russischen Gegenvorschlügen am unerträglichsten die Weigerung, bezüglich der Mandchurie eine bindende Erklärung abzugeben.

Es mußte dabei in Betracht genommen werden, daß Japan bereits in der Mandchurie wichtige Handelsinteressen besaß, deren weitere Entwicklung ihm am Herzen liegen mußte, während vom politischen Standpunkt aus die Interessen Japans in der Mandchurie durch dessen Beziehungen zu Korea fast noch eine größere Wichtigkeit beanspruchten.

Unter diesen Umständen war es für die japanische Regierung eine Unmöglichkeit, die russischerseits gewünschte Erklärung abzugeben, daß die Mandchurie nicht zu ihrer Interessensphäre gehöre.

Die japanische Regierung verfehlte daher nicht, der russischen Regierung ihre diesbezüglichen Bedenken mitzuteilen und legte entsprechende Vorschläge vor, die den russischen Entwürfen vor. Bezüglich der neutralen Zone sprach sie die Ansicht aus, daß, wenn überhaupt eine neutrale Zone adoptiert werden müsse, es besser sei, diese auf beiden Seiten der jetzigen Grenze Koreas zu verlegen und ihr eine Breite von etwa 50 Kilometer zu geben. Nach wiederholten Konferenzen, welche in Tokio stattfanden, legte die japanische Regierung ihre definitiven Vorschläge am 13. Oktober v. J. der russischen Regierung vor.

Trotz wiederholten Ersehens um baldige Klärung wurde diese doch bis zum 11. Dezember v. J. verschoben. In der schließlich von der russischen Regierung eingegangenen Antwort war die Klausel in betreff der Mandchurie vollständig weggelassen. Die abzuschließende Konvention sollte auf Korea allein beschränkt werden. Bezüglich Koreas wurde die Forderung aufrecht erhalten, daß die japanische Besetzung koreanischen Gebietes für strategische Zwecke ausgeschlossen sei, auch wurde die neutrale Zone beibehalten.

Die letzte Antwort der russischen Regierung wurde am 6. Januar in Tokio empfangen. Der Inhalt derselben war folgender:

Rußland verlangt, daß Japan die Erklärung abgibt, daß die Mandchurie und deren Küsten außerhalb der japanischen Sphäre liegen, während russischerseits innerhalb dieser Provinz sowohl Japan wie den anderen Mächten bezüglich der Ausübung der durch die bestehenden Verträge mit China erworbenen Rechte und Privilegien, keine Schwierigkeiten bereitet wird, mit Ausnahme der Errichtung von fremden Niederlassungen. An dieses russische Zugeständnis war aber die Bedingung geknüpft, daß man japanischerseits der Errichtung einer neutralen Zone zustimmen würde und mit der Beschränkung bezüglich Sicherung der strategischen Punkte einverstanden sei.

Nach dem russischen Vorschlag würde auch die Zusicherung über die chinesische Souveränität und die territoriale Integrität Chinas in Wegfall gekommen sein, wodurch selbstverständlich die ganze völkerrechtliche Grundlage der Handelsverträge mit China erschüttert worden wäre.

Es ist evident, daß die Besitzergreifung der Mandchurie durch Rußland die Folge haben würde, daß dadurch alle China, Japan und den Mächten gewährten Vertragsrechte aufgehoben würden.

Am 13. Januar erneuerte daher die japanische Regierung ihr Ersuchen an die russische Regierung um eine nochmalige Prüfung der Vorschläge. Seitdem hat es japanischerseits nicht an Versuchen gefehlt, die kaiserlich-russische Regierung zur Abgabe einer Erwiderung zu veranlassen, ohne daß eine solche Japan zu teil geworden wäre; ja selbst das Versprechen der Fixierung eines genauen Datums hierfür konnte nicht erreicht werden.

Unter diesen Umständen konnte das Endergebnis kein anderes sein, als die Aufgabe jeglicher Hoffnung auf eine verständliche Auseinandersetzung mit Rußland und der unvermeidlich gewordene Abbruch der Verhandlungen.

Diese Darstellung zerstört vollends das heuchlerische Klagengetöse der russischen Diplomatie, als ob Rußland Japan alle nur möglichen Garantien geboten und Japan trotzdem frivol den Krieg vom Jaune gebrochen habe.

Selbstverständlich handelt es sich in Ostasien um den weltpolitischen Kampf zweier Mächte, bei denen die Rechte dritter Mächte auf beiden Seiten mit Füßen getreten werden. Japan hat ebenso wenig ein Anrecht auf eine Annexion Koreas, wie Rußland ein solches auf Einverleibung der Mandchurie in seinen asiatischen Kolonialbesitz hat. Aber wenn man von diesem ethischen Gesichtspunkte des Selbstbestimmungsrechtes der Völker absteht, ist Japan der angegriffene, der in seinen Interessen bedrohte Teil. Rußland brach zuerst erodernd in Ostasien ein, Rußland mißachte sich ohne jedes Recht in den Streit zwischen Japan und China, Rußland jagte Japan die Südmandschurei ab, um sie dann selbst zu annektieren. Und Rußland engte durch dies Vorgehen Japans Entwicklung derart ein, bedrohte so sehr seine nationale und wirtschaftliche Expansion, daß Japan unbedingt das Recht der Notwehr zugestanden werden muß. Namentlich, da alle diplomatischen Versuche Japans, Rußland zur Herausgabe der Mandchurie zu veranlassen oder wenigstens Japan für Korea die gleichen Rechte der strategischen Festsetzung einzuräumen, Rußland ablehnte. Angesichts einer solchen Haltung Rußlands blieb Japan nichts anderes übrig, als ein Entschluß durch die Waffen.

### Neue Kriegsmeldungen

von Peking liegen zur Stunde nicht vor. Die von Petersburg — nicht offiziell — verbreitete Nachricht, daß die Japaner bei ihrem Angriff auf Port Arthur mehrere hundert Mann an Toten und Verwundeten und mehrere Schiffe verloren hätten, ist natürlich nur als fetter Erde aufzufassen. Der aus das naive Sensationsbedürfnis spekulierenden Reporter-Phantasie sind höchst wahrscheinlich auch folgende Meldungen entsprungen:

London, 11. Februar. Daily Telegraph wird aus Shanghai von gestern gemeldet, die Japaner hätten eine Brücke der mandschurischen Bahn gesprengt. Dabei seien 30 Russen getötet worden.

Paris, 11. Februar. Einem heute mittag aus Petersburg hier eingetroffenen Telegramm zufolge wird aus Wladivostok berichtet, die Japaner hätten am Jalu-Fluß eine völlige Niederlage erlitten; auch sollen die Russen Tschumulpo besetzt haben; indessen schenkt man dieser Nachricht hier wenig Glauben.

Es ist schwer anzunehmen, daß es den Japanern schon gelungen sein sollte, in die Mandchurie einzudringen, um Brücken zu sprengen. Jedenfalls würden sie nicht so thöricht sein, sich der am Jaluflusse — der Grenze von Korea — konzentrierten starken russischen Truppenmacht vorzeitig in unzureichender Zahl entgegenzustellen. Der Landkrieg dürfte wohl erst in Wochen beginnen. Es sei denn, daß die russischen Truppen die Japaner in Korea aufsuchten.

### Wer hat angefangen?

Tokio, 10. Februar. Nach amtlichen Verichten ist die Eröffnung von Feindseligkeiten russischerseits früher erfolgt, wie der japanische Angriff auf die russische Flotte in Port Arthur in der Nacht vom 8. zum 9. Februar. Der erste Schuß wurde vom russischen Kanonenboot „Koresch“ bei Tschumulpo schon am Abend des 8. Februar auf japanische Torpedoboote, welche japanische Transportschiffe eskortierten, abgegeben.

Es kommt im Grunde herzlich wenig darauf an, wer zuerst geschossen hat. Denn daß Japan entschlossen war, auf alle Fälle loszuschlagen, versucht es ja gar nicht zu leugnen.

### Russische Völkerrechts-Listeleten.

Petersburg, 11. Februar. Der von Weichaiwei aus erfolgte Angriff der Japaner auf Port Arthur veranlaßt die „Kowoje Wremja“ darauf hinzuweisen, daß dieser von England gepachtete Punkt vom Standpunkte des internationalen Rechtes aus in civiler wie in militärischer Hinsicht als unter der Kontrolle Englands stehend betrachtet werden müsse. Jetzt erweise sich, daß sich dieser Hafen in eine japanische Operationsbasis verwandelt habe. Indem England Weichaiwei den Japanern übergeben, habe es die Grundbestimmungen der Neutralität verletzt. Aus dieser These folge, daß Weichaiwei nunmehr als ein Teil des japanischen Territoriums zu betrachten ist und England das Recht eingekauft hat, an der Beratung eventueller Fragen über das weitere Schicksal Weichaiweis teilzunehmen, und daß Rußland berechtigt ist, von England eine Entschädigung für die direkten Verluste zu verlangen, welche es durch die Umwandlung eines englischen Hafens in eine japanische Operationsbasis erlitten hat. In einem analogen Zwischenfall mit Alabama wurde England für unbedingt schuldig erklärt.

England hat Weichaiwei schon längst aufgegeben gehabt. Im übrigen wird es sich um die irrtümlichen Listeleten Rußlands verheißt wenig kümmern. Ebenso wenig wie Rußland, wenn dies einmal wieder in die Lage kommt, England einen Streich zu spielen!

### Die Neutralität Frankreichs.

Paris, 11. Februar. Die nationalisistische Presse veröffentlicht scharfe Anfechtungen gegen die sozialistischen Deputierten, die angeblich in den Wandlungen der Kammer öfter ihrer russischen Gesinnung und ihrer Freundschaft über die Erfolge der Japaner Ausdruck gegeben hätten. Jaurès beabsichtigt, trotz der beruhigenden Erklärung des Ministerpräsidenten über die Haltung Frankreichs in dem russisch-japanischen Konflikt eine Debatte hervorzurufen, um die Kammer zu einer unzweideutigen Kundgebung zu veranlassen, durch welche eine Intervention, welche Ereignisse auch immer eintreten mögen, entschieden zurückgewiesen werden könne.

### Ueber Japans unmaßmäßigen Kriegspläne

erhalten wir aus London folgendes Original-Telegramm: In den Londoner militärischen Kreisen unmaßt man, ein Teil der japanischen Flotte werde Port Arthur in Schach halten, damit

Japan mittlerweise in Niukschwang (östlich von der Halbinsel Liaotung) Truppen landen, die Bahn besetzen und Port Arthur isolieren könne. Mit dieser Armee würden vermutlich japanische Kolonnen von der Hailumündung (westlich von Liaotung) aus kooperieren. Solchergehalt werde man die russischen Streitkräfte auf der Halbinsel Liaotung einschließen und den Vormarsch gegen das gleichzeitig zur See angreifende Port Arthur unternehmen.

Der Plan wäre sehr gut, er würde freilich das Aufgebot einer bedeutenden Truppenmacht und einen gleichzeitigen Angriff von der koreanischen Grenze aus gegen Rußland erfordern, womöglich auch einen japanischen Angriff gegen die Nord-Mandschurei, um Rußland zu verhindern, seine Hauptmacht zum Schutze Port Arthurs zu verwenden.

London, 11. Februar. („Bureau Laffan“.) Zur Seeschlacht vor Tschumulpo meldet ein „Daily Express“-Telegramm aus Hiroshima, daß die Russen schwere Verluste an Menschenleben erlitten hätten. Auf japanischer Seite seien nur wenige Verluste zu verzeichnen gewesen. Mehrere japanische Schiffe seien leicht beschädigt, der russische Transportschiff „Sungari“ sei zerstört worden.

London, 11. Februar. („Laffan“-Meldung.) In Cardiff traf gestern die Nachricht ein, daß die Russen die Verladung weiterer Kohlenvorräte auf eine Anzahl Transportschiffe in Cardiff inhibiert und die nach dem Stillen Ocean unterwegs befindlichen Schiffe angehalten haben.

Tokio, 10. Februar. Aus Kagasaki wird gemeldet, daß die Japaner das Transportschiff „Glaterinoslaw“ und den Dampfer „Argun“, der chinesischen Ostbahn-Gesellschaft gehörig, sowie die Walfischfänger „Glorige“, „Nicolaï Alexander“ und „Michael“ weggenommen und sämtlich nach Sasebo gebracht haben. (Daily Mail.)

Tokio, 10. Februar. Der Minister des Innern hat alle Gouverneure angewiesen, die in Japan weilenden Russen zu schützen. (Daily Mail.)

London, 10. Februar. („Bureau Laffan“.) Die Admiralität hat, wie eine hiesige Nachrichten-Agentur mitteilt, keine besonderen Vorbereitungen mit Bezug auf die ostasiatische Krise getroffen und beabsichtigt gegenwärtig auch nicht, das Geschwader auf der chinesischen Station zu verstärken. Das britische Mittelmeer-Geschwader ist bezüglich auf seine volle Stärke gebracht worden und umfaßt jetzt die besten Schlachtschiffe der englischen Flotte. Das Geschwader wird auch in diesem Frühjahr, wie immer, seine Manöver abhalten, wahrscheinlich in der Levante, jedoch hat die Nähe des Manderschanplazes zu den Dardanellen mit der internationalen Lage nichts zu thun.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Februar.

### Der Reichstag

unterbrach zu Beginn der heutigen Sitzung die Etatsberatung auf wenige Stunden, um sich einer Novelle zur Reichsschuldensordnung zuzuwenden. Es handelt sich darum, eine Unklarheit im § 7 dieses Gesetzes zu beseitigen. Zur Deckung der vorübergehenden Bedürfnisse der Reichshauptkasse sollen nämlich kurzfristige Reichsschatzanweisungen ausgegeben werden, die der Reichskanzler nötigenfalls nach Ablauf der gezeigten kurzen Frist ohne besondere Ermächtigung des Reichstages durch neue ersetzen kann. Nun ist aber besonders durch die 80 Millionen-Anleihe, die vom Freiherrn v. Tzielmann im Jahre 1900 begeben wurde, die Gewohnheit eingerissen, dauernde Reichsschulden, die zur Befriedigung außerordentlicher Bedürfnisse dienen, nicht in der Form verzinslicher Reichsschuldverschreibungen, sondern in der langfristiger Schatzanweisungen auszugeben. Auch für diese anders geartete Schatzanleihe verlangt die Regierung das Recht der Verlängerung ohne besondere Genehmigung des Reichstages. Es handelt sich um ein Notgesetz, das eine bestehende Unklarheit beseitigen soll. Nachdem gegen die Stimmen der Freiwirtschaftspartei und unserer Parteigenossen Kommissionsberatung abgelehnt war und alle Parteien ihre Zustimmung zu der Vorlage erklärt hatten, wurde sofort die zweite Lesung des Entwurfs vorgenommen, die zu seiner debattelosen einstimmigen Annahme führte.

In der Fortsetzung der Etatsberatung gelangte das Haus zum Etat des Reichs-Versicherungsamts. Es ist selbstverständlich, daß bei diesem Gegenstand vorwiegend unsere Genossen das Wort ergreifen. Denn durch die Berufsgenossenschaften ist für die Interessen des Unternehmertums in so vollkommener Weise gesorgt, daß ihm zu wünschen fast nichts übrig bleibt. Um so mehr Grund hat die Vertretung der Arbeit im Reichstag, die Beschwerden über das Gebahren dieser Unternehmer-Organisationen vorzubringen und auf Abstellung der Mängel des Unfallversicherungs-Gesetzes zu dringen.

Zunächst freilich betrat sich der Bonner Arzt Dr. Huegenberg vom Centrum auf diesem unbekanntem Gebiete. Da er fälschlicherweise glaubte, daß auch die Krankenkassen dem Reichsversicherungsamt unterstellt seien, brachte er bei diesem Titel seine von den Kammermitgliedern in Köln in öffentlicher Versammlung zurückgewiesenen und widerlegten Behauptungen wieder vor. Er übertrumpfte sich noch, indem er den Kölner Kassenbeamten eine Verletzung ihres Ehrenwortes vorwarf. Für alle seine Behauptungen will er sich in Köln selbst das Material geholt haben; wen mag er da wohl gefragt haben? Er forderte auch wieder die freie Arztwahl, aber nicht etwa, wie unser erster Redner treffend hervorhob, gegenüber den Vertrauensärzten bei den Berufsgenossenschaften, sondern gegenüber den Krankenkassen.

Eine um so genauere Kenntnis und um so gründlichere Kritik zeichnete die Ausführungen unfres Genossen Mollenbuhr über diesen Gegenstand aus. Er wies die vollkommen grundlose Agitation der Berufsgenossenschaften gegen die Sammlung eines einigermaßen ausreichenden Reservefonds zurück und legte die Vorzüge des Kapitalbedarfsverfahrens nach den verschiedenen Richtungen hin klar. Die Legenden, die an die Abnahme der Zahl der Vollrentner geknüpft werden, zerstörte er gründlich, indem er als wahren Grund für diese Erscheinung die „Rentenqueckscherei“ durch die Berufsgenossenschaften nachwies. Vor allem aber forderte er eine gründliche Erweiterung und Vertiefung der Unfallverhütungs-Vorschriften. Was für eine Leichtfertigkeit auf diesem Gebiete, namentlich in der Landwirtschaft, herrscht, wie die „Königstreuen Bauern“ unter völliger Nichtachtung des ausdrücklichen kaiserlichen Wunsches jede auch noch so kleine Sicherheitsvorschrift übertreten, ist geradezu ungläublich. Und dabei hat man im ganzen weiten Preußen noch nicht einen einzigen für die Unfallverhütung in der Landwirtschaft technisch vorgebildeten Beamten angestellt!

Was Genosse Mollenbuhr in großzügiger principieller Kritik dargelegt hatte, ergänzte Genosse Körten durch zahlreiche Einzelheiten, die unfrem Berliner Arbeitersekretär aus seiner reichen Praxis zu Gebote stehen.

Ueber das Verhalten der Ärzte zu den Unfallverletzten, über die Verzögerung der Rechtspflege, über die Spruchpraxis des Reichsversicherungs-Amtes, insbesondere bei den

Jamos konstruierten Begriffen „Gewerkerkrankheit“ und „Genöshnung“, und über eine große Zahl anderer Mißstände jagte er viel Neues und Treffendes. Die beiden freimüthigen Abgeordneten Schmidt-Eberfeld und v. Gerlach schlossen sich im wesentlichen jener dem Genossen Mollenhuth, dieser dem Genossen Körten an.

Graf Posaadowsky, der zögernd erst ganz am Schluss der Sitzung eintrifft, antwortete ausweichend; er leugnete das Berechtigte der Kritik nicht, aber gab auch nichts Bestimmtes zu. Nur die regierende Partei, das Centrum, das inmitten all dieser Kämpfe um Leben und Gesundheit Tausender von Arbeitern nur Paritätschmerzen vorzutragen hatte, bekam eine freundlich entgegenkommende Auskunft.

Morgen nimmt die Debatte ihren Fortgang, Sonnabend soll die Wahl des Genossen Braun auf die Tagesordnung gelangen.

### Preussischer Landtag.

Im Herrenhause hatte neulich der Präsident Fürst zu Inn- und Anspach den Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung in Zukunft diesem hohen Hause mehr Gelegenheit geben möge, sich zu betätigen. Diesem Wunsche hat die Regierung entsprochen, und so kommt denn das Haus bereits am Donnerstag, also nach kaum vier Wochen Erholungszeit, wiederum zusammentreten und eine ganze Reihe von Vorlagen, die allerdings auf Bedeutung keinen Anspruch erheben können, im Rampe erledigen. Auch für Freitag ist noch Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden, zumal da auch der Staatsanwalt auf das Wohl der Edeln der Nation bedacht ist. Er sucht schon wieder einmal die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens wegen Verleumdung des Herrenhauses nach.

Im Abgeordnetenhaus begann nach Beendigung der zweiten Lesung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung die Beratung des Etats der Geflückverwaltung. Der Umstand, daß die Regierung die Forderung des Hauses auf Umwandlung der Geflückschulen in öffentliche Volksschulen abgelehnt hat, gab dem Abg. Kopsch (fr. Vp.) Gelegenheit, wie in früheren Jahren so auch diesmal die Zustände in Trakehnen einer Kritik zu unterziehen. Die Antwort des Ministers v. Podbielski war dieselbe, wie im vorigen Jahre. Es ist alles in Trakehnen in bester Ordnung, und wenn Unfrieden herrscht, so sind die Lehrer daran Schuld.

Die Debatte wird am Freitag fortgesetzt.

### Deutsches Reich.

#### Handelspolitische Finsternis.

##### Graf Walow im Landwirtschaftsrat.

Beim Festmahle des Landwirtschaftsrats hielt der Reichskanzler eine Rede, in der er gleichwohl seine agrarische Gesinnung wie die Unfähigkeit behauptete, über die Gestaltung der Handelspolitik irgendwie Klarheit zu geben.

Graf Walow führte aus: Es ist in der letzten Zeit viel darüber gellacht worden, daß die neuen Handelsverträge dem Reichstage noch nicht vorgelegt worden sind. Es sollte aber doch nicht übersehen werden, daß erst mit der Annahme unseres neuen Zolltarifs für uns die Möglichkeit geschaffen wurde, wegen Erneuerung der bestehenden Handelsverträge mit andern Staaten in Unterhandlungen einzutreten. ... Nach Beendigung diplomatischer Vorarbeiten sind wir sogleich in die diplomatischen Verhandlungen eingetreten, zunächst mit Rußland, dann mit der Schweiz, Italien, Belgien, Rumänien, Serbien, Ungarn. Ueber den Stand dieser Verhandlungen kann ich natürlich hier keine Mitteilungen machen. Auch wenn die neuen Handelsverträge dem Reichstage vorgelegt werden können, läßt sich heute noch nicht angeben. Die Handelsverträge, wenigstens die wichtigsten, hängen untereinander auf das engste zusammen. Es ist deshalb nicht wahrscheinlich, daß einer der neuen Handelsverträge bekannt gegeben wird, bevor auch die anderen Verhandlungen wenigstens im wesentlichen zu Ende geführt sind. Die Gründe hierfür liegen so sehr auf der Hand, daß ich sie nicht näher darzulegen brauche. Meine Herren, die verbündeten Regierungen haben den ersten Willen, den neuen Zolltarif sobald als möglich in Kraft treten zu lassen. Sie möchten vor allem unserer Landwirtschaft so bald als irgend möglich den stärkeren Zollschutz zu teil werden lassen, den ihr unser neuer Zolltarif gewährt. Andererseits sind die verbündeten Regierungen der Ueberzeugung, daß die Kontinuität unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande möglichst gewahrt werden muß, damit sich der Uebergang von den alten zu den neuen Verträgen glatt und ohne Erschütterung vollziehen kann. Deshalb ist bisher davon Abstand genommen worden, die bestehenden Handelsverträge zu kündigen. Das Beste wäre an und für sich, wenn sich die neuen Handelsverträge unmittelbar an die bestehenden Handelsverträge anschließen. Sonst käme ein vertragloser Zustand entstehen, oder wir müßten uns mit interimistischen Restbegünstigungsabkommen behelfen. Einen solchen Zustand wechselnder Zollsätze und ständiger Meinungskämpfe über eine bessere Gestaltung der Dinge möchten wir unserer Industrie, unserem Handel und auch unserer Landwirtschaft ersparen. Bedenken Sie auch, meine Herren, daß es oft nicht leicht ist, ein einmal geschnittenes, vertragsmäßiges Band wieder anzuknüpfen. Auch ist erfahrungsmäßig bei Vertragsunterhandlungen diejenige Regierung im Rechte, die unbedingt bis zu einem bestimmten Termin fertig werden will. Erfüllen sich die Erwartungen der verbündeten Regierungen, verlaufen die Vertragsverhandlungen nach Wunsch und schließen sich die neuen Verträge unmittelbar an die bestehenden an, so wird eine Kündigung überhaupt nicht erfolgen. Vielmehr werden die alten Abkommen durch die neuen Vereinbarungen ohne weiteres ersetzt oder modifiziert werden. Wenn dagegen wider Erwarten die Dinge sich so gestalten sollten, daß auf eine befriedigende Einigung mit den andern Vertragsstaaten in gegebener Zeit nicht gehofft werden könnte, so werden die verbündeten Regierungen mit dem Bewußtsein zur Kündigung schreiten, daß die daraus sich ergebenden nachteiligen Folgen nicht Deutschland allein und nicht einmal vorzugsweise Deutschland treffen würden. (Lebhafte Bravo.) Ich hoffe, daß wir in dieser Frage bald Klarheit sehen werden. Ich verstehe sehr gut die Ungeduld, mit welcher die Neuregelung unserer handelspolitischen Beziehungen erwartet wird. Aber die Sache liegt einmal so, und es gilt auch hier, die Ruhe und Ausdauer nicht zu verlieren. Seien Sie versichert, daß die Interessen der Landwirtschaft, für die ich, auch wenn ich nicht praktischer Landwirt bin, doch volles Verständnis habe, der hohen Wichtigkeit der Sache entsprechend beim Abschluß der Handelsverträge energisch wahrgenommen werden. (Beifall.) Meine Herren, die weitaus größere Hälfte aller Schwierigkeiten, mit denen wir bei der künftigen Gestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande zu kämpfen haben, ist durch Forderungen veranlaßt, deren Durchsetzung ich im Interesse der deutschen Landwirtschaft übernommen habe. Fremde und einheimische Gegnerschaft gegen die Erhaltung eines kräftigen, national und monarchisch gefühlten Bauernstandes im Deutschen Reich vereinigen sich zum Ansturm gegen das, was man meine agrarische Politik nennt. Im Munde der Gegner soll das ein Schelt- und Spottwort sein. Ich betrachte diese Bezeichnung aber als einen Ehrentitel für mich. (Lebhafte Beifall.)

Für diese Kämpfe glaube ich das Vertrauen der deutschen Landwirte zu verdienen. Der Reichskanzler schloß mit einem Hoch auf den Landwirtschaftsrat und die Landwirtschaft.

#### Kant und Bülow.

Es war vorauszufragen, daß auch der Graf v. Bülow, obgleich nur der Kanzler des Liberalismus und Feudalismus, sein Stillschweigen über Kant herabgelassen würde. Es ist über alle Maßen grobhartig ausgefallen. Also spricht er in der Königsberger „Dartungischen Zeitung“:

„Wer ein rechter Kantianer sein will, muß, glaube ich, viel Selbstbescheidung, viel Demut im Anerkennen der Vernunftgrenzen, viel Ehrfurcht vor ewigen Mäjseln mitbringen. Auf der Suche nach Weltanschauung laufen in unsern Tagen auch die mehr als Halbgebildeten vielfach Phantasieereien in die Arme. Gekannt wäre diesem Geschlecht die Umkehr zu der Gedankenstrenge des Mannes, der gezeigt hat, daß es für metaphysische Fragen keine andre Lösung giebt als das immer schärfere Verstehen ihrer Unlösbarkeit, der mit seinen bescheiden Fortschritten und die Chemie der allgemeinen Begriffe lehren kann, die im täglichen Reingewandtheit so oft vermehrte Klarheit und Festigkeit der Grunderkenntnisse.“

In diesem Sinne, nicht minder aber mit der Erinnerung daran, daß in den Schriften des großen Königsbergers die Philosophie des preussischen Pflichtbewußtseins niedergelegt ist, daß der Geist des kategorischen Imperativs die Schlachten unserer Freiheitskriege geschlagen, an Preußens Größe und Deutschlands Einheit mitgearbeitet hat und noch heute wie fernherhin nicht entbehrt werden kann, stimme ich in den Ruf ein, der neuerdings wieder durch die Reihen unserer philosophisch Gebildeten geht: Zurück zu Kant!

Es scheint dem Grafen Bülow ein kleines Mißverständnis unterlaufen zu sein. Kant sah nicht die allgemeinen Grenzen der Vernunft in den zufälligen Vernunftgrenzen eines Staatsmannes. Seine praktische Vernunft aber will überhaupt keine Grenzen ihrer Betätigung, sondern eine grenzenlose Erfüllung in der menschlichen Gesellschaft. Kant warf in seiner zutreffend vom Grafen Bülow bemerkten „Gedankenstrenge“ gerade die Weltanschauung der mehr als Halbgebildeten den „Phantasieereien“ in die Arme. Der gute Kant verdient überhaupt feinerlei Lob des Kanzlers, von dem er sich unvorteilhaft dadurch unterscheidet, daß er ein äußerster „Konsequenzmache“ war. Zudem hat der Philosoph, in seiner Kenntnis aller Staatsmännerei, den Grafen Bülow grausam vorausgehnt, als er in der Vorrede zu seinen „reverses“ (Träumereien über den ewigen Frieden) spottend schrieb: „Das bedingt sich aber der Verfasser des Gegenwärtigen aus, daß, da der praktische Politiker mit dem theoretischen auf dem Fuß steht, mit großer Selbstgefälligkeit auf ihn als einen Schulmeister herabzusehen, der dem Staat, welcher von Erfahrungsgrundsätzen ausgehen muß, mit seinen sachleeren Ideen keine Gefahr bringe und den man immer seine elf Regel auf einmal werfen lassen kann, ohne daß sich der weltkundige Staatsmann daran lehren darf, dieser auch, im Fall eines Streites mit jenem sofern konsequent verfahren müsse, hinter seinen auf gut Glück gedachten und öffentlich geäußerten Meinungen nicht Gefahr für den Staat zu wittern.“

Kant empfand sich also im Gegensatz zu dem „weltkundigen Staatsmann“ a la Bülow als Schulmeister mit sachleeren Ideen, als Phantast und Konsequenzmache!

#### Erster ist das Kant-Motto des Grafen Posaadowsky:

„Kant lehrte die Verschätzung der lebendigen Kräfte und glaubte an die gesetzgebende Kraft der Vernunft. Damit bezeichnete er die natürliche und notwendige Grundlage, auf der jedes gerechte Staatswesen aufzubauen ist, und wies auf die hoffnungsvolle Ueberzeugung hin, die den gewissenhaften Staatsmann befehlen muß, wenn er nicht gegenüber den Irrungen und Leidenschaften des Tages an der gesunden Fortentwicklung des Gemeinweins verzweifeln soll.“

Es ist anzunehmen, daß der Graf Posaadowsky bei solcher Anschauung längt an seiner Regierungsmißion verzweifelt hat, in der ihm nicht gefaßt ist, die gesetzgebende Kraft der Vernunft, gegenüber den Irrungen und Leidenschaften der kapitalistischen Klassen in der heutigen Monarchie irgendwie zu betätigen.

**Konservativer Vorstoß gegen Arbeiterschutz.** Die Bundesratsverordnung über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften vom Januar 1902 ist den Arbeiterschützern von Anfang an unangenehm gewesen. Jetzt unternehmen die Konservativen vom preussischen Abgeordnetenhaus einen Vorstoß gegen die Verordnung. Sie fordern in einem Antrag zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung eine Abänderung dieser Verordnung dahin, daß die Ruhezeiten für die kleinen und mittleren Betriebe unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Arten der Gast- und Schankwirtschaften anderweit geregelt oder daß die Ortspolizeibehörden ermächtigt werden, in geeigneten Fällen Ausnahmen von den erwähnten Bestimmungen zu bewilligen. Der geringe Schutz der Angestellten im Gastwirts-gewerbe soll rückwärts revidiert werden.

**Agrarisches. Der Deutsche Landwirtschaftsrat** seht seine Beratungen und damit die Aneinanderreihung eines agrarischen Wunsches an den andern fort. Eine besondere Leistung vollbrachte am Mittwoch der vielbekannte Herr Ring auf Dippel. Der Landwirtschaftsrat wollte über die Entwicklung und Leistungsfähigkeit der deutschen Viehzucht beraten. Es ist bekannt, daß die deutsche Viehzucht trotz anerkannter Fortschritte bei weitem nicht den Ansprüchen der wachsenden Bevölkerung folgen kann und daß infolgedessen die Fleischpreise außerordentlich hoch stehen. Demnach kenne Herr Ring nur die eine Lösung: die Grenzen sind noch nicht genügend gegen Vieheinfuhr gesperrt. Herr Ring stellte zum edlen Zwecke weiterer Fleischpreissteigerung beweislos die tollsten Behauptungen auf über angebliche Minderwertigkeit des aus Dänemark kommenden Rindfleischs und des amerikanischen Schmalzes. Deutschland, rief er aus, sei zum Schindanger der ganzen Welt geworden. Natürlich gab Herr Ring keinerlei Möglichkeit, seine drastische Behauptung nachzuprüfen. Man kennt nur zu gut die Motive, aus denen die Agrarier das ausländische Fleisch schmähend und der Bevölkerung zu verlocken versuchen.

Zu der Donnerstagsungung nahm der Landwirtschaftsrat einen Antrag v. Schorlemer an, der in den früheren Gesehten des französischen Rechts durch Anerkennung den mittleren bäuerlichen Grundbesitz vor dem Rückgang bewahren will. Auch dieser Antrag wurde mit dem bei den Agrariern zur Versicherung rüchständiger und egoistischer Anschauungen üblichen Argument begründet, daß „in der gegenwärtigen aufgewählten Zeit die Erhaltung eines mittleren Bauernstandes um so dringender geboten sei, da letzterer das festeste Bollwerk gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie bilde“. Fürcht vor der Sozialdemokratie und agrarischer Eigennutz laufen stets miteinander.

**Wider den Zeugniszwang.** Die Petition, die die Ortsgruppe Berlin-Potsdam des Vereins deutscher Redakteure in Sachen des Zeugniszwangs-Verfahrens gegen Redakteure zur Unterschrift an die Redakteure Deutschlands versandte, ist jetzt, von ca. 1000 Redakteuren unterfertigt, dem Staatssekretär des Reichs-Justizamtes überfandt worden.

#### Der Interessenstreit im Centrum.

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Das Centrum haupt, die widerstrebenden Interessen der einzelnen Erwerbsgruppen auf der vielberufenen Mittellinie der ausgleichenden Gerechtigkeit zusammenbringen zu wollen und zu können. Die thätigste Entwicklung der Dinge aber läßt den Demagogen in schneller Folge immer wieder eiskalte Sturzäder zu teil werden. Die wilden Kämpfe zwischen der ultramontanen

Parteilichkeit und den katholischen Bauern des Rheinlandes, zwischen den Evangelisten der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ und dem Vortührern der agrarischen Begehrlichkeit, sind noch in frischer Erinnerung. Sie offenbarten den unheilbaren Bruch und endeten in bäuerlich-ultramontanen Gegenlandidaturen bei den Reichstags-Wahlen. Dann kamen die Zusammenstöße zwischen den katholischen Arbeitern und den katholischen Handwerksmeistern und sonstigen Arbeitgebern und Unternehmern, die vielfach zu Wahregelungen und andren Verfolgungen der Mitglieder christlicher Gewerkschaften führten. Es kamen in den letzteren die inneren Kämpfe zwischen den Freunden der ultramontanen Votroucher-politik und den Vertretern der proletarischen Interessen. Und neuerdings tobt der Streit zwischen den christlichen Gewerkschaften und der sogenannten Berliner Richtung, die unter der Leitung von Geistlichen und dem oberbittlichen Weisand des Bischofs Storum von Trier die Arbeiter aus dem Gewerbeverein zurück in die Schaffälle der katholischen Arbeitervereine bringen will, um sie der strengen Aufsicht der Kirche und damit dem Centrum zu erhalten. Alle diese Dinge sind der Ausfluß der Sorge um den immer mehr schwindenden Arbeiteranhang des Centrums. Zu all diesem sind in der letzten Zeit neue Schwierigkeiten gekommen.

Seit kurzem haben die christlichen Gewerkschaften auch den Konsumgenossenschaften ihre Aufmerksamkeit zugewandt, um dadurch, wie sie offen zugeben, ihre Gewerkschaften, die nicht vom Fleck kommen, wenigstens vor dem Rückgang zu bewahren. Die katholischen Arbeiter gründeten Konsumvereine in Krefelder, Nachener und neuerdings auch im Kölner Gebiet. In R.-Glabbach besteht bereits eine von ihnen errichtete Central-Einkaufsgenossenschaft, deren Umfang allerdings den eines mittel-großen Konsumvereins kaum erreicht. Es ist schon wiederholt zu betonen Zusammenstößen zwischen diesen Konsumgenossenschaften und den ultramontanen Angehörigen des Mittelstandes, dem Händlertum, gekommen, dieser Tage noch in Köln. Eine Arbeiter-versammlung hatte einen Vortrag des katholischen Arbeitersekretärs Schlad gehalten, der zum Eintritt in die Konsumgenossenschaft „Ein-tracht“ aufforderte. Ihm trat der Pfarrer Dr. Oberdörffer mit Entschiedenheit entgegen und führte aus: Die Konsumvereine seien ein Glied in der Kette der Faktoren, die den Mittelstand zerstören; der Handel habe auch seine Berechtigung; der Vorteil der Konsumgenossenschaften sei fraglich; er erwähne auch noch, daß die meisten Untersuchungen bei den Genossenschaften vorlommen. Dann ging der Pfarrer, der übrigens in der katholischen Socialpolitik eine namhafte Rolle spielt, zu den Vertretern der Presse und bat, über seine Ausführungen nichts zu veröffentlichen. Weiter trat dem Arbeitersekretär der Vortführer der Kölner Kleingewerbetreibenden, Kaufmann Gensie, ein Mitglied der Centrumspartei, entgegen. Unter vielfachen Schlusseln beschuldigte er das Centrum, es treibe die Socialpolitik zu weit; der Mittelstand habe auch seine Ernteberechtigung; die Arbeiter seien zu anpruchsvoll und trieben beispielsweise in den Wohnungen (11) zu viel Luxus.

Da die Presse democh über die Aufrichte berichtete, kamen die Dinge zur Kenntnis der kirchlichen Behörden. In der jüngsten Sitzung des Vereins der Kölner Kleingewerbetreibenden erklärte ein Redner, es sei, wie er bestimmt versichern könne, die katholische Geistlichkeit von seiten der kirchlichen Behörde die Weisung er-gangen, in Sachen der Konsumgenossenschaften nichts mehr zu thun.

#### Landtags-Ergebnis.

Schroda, 11. Februar. Bei der heutigen Landtagswahl im Wahlbezirk 7 Rosen wurde der Deputierte Korfanty in Rattowitz (Pole) mit 338 von 429 abgegebenen Stimmen gewählt. Der freikonservative Gegenkandidat v. Günther, Landtagsrat in Geyghno, erhielt 91 Stimmen.

#### Ein Soldatenkinder ärgster Art.

Der Rittmeister Robert Kleinmichel vom Artillerie-Regiment Nr. 67 in Neustadt (Oberschlesien) wurde wegen zahlreicher empörender Soldatenmißhandlungen vom Kriegs-gericht in Reuthen O.-S. zwar zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, aber auf Bitten seines Compagniechefs, der ihm ein glänzendes Zeugnis ausstellte, nicht degradirt. Wie sehr der rohe Burke diese Milde verdiente, mag eine ganz knappe Wiedergabe einiger seiner Heldenthaten zeigen. Kleinmichel, dem die Ausbildung der Rekruten oblag, wird beschuldigt, seit mehr wie sechs Jahren die ihm anvertrauten Leute in grausamster Weise mißhandelt zu haben. Da nur 165 Mißhandlungsfälle zur Anlage fanden, darf man annehmen, daß zahlreiche Opfer seiner Erziehungs-kunst, die längst den Feinden des Kaiserreichs entschlummert sind, keine Anzeige gemacht haben. Die Ohren seiner Jünger erfreuten sich seiner besonderen liebenswürdigen Aufmerksamkeit, ohne daß er ande Körpertheile gerade vernachlässigte. Aus den geringfügigsten Unfällen zerrte und zog er die Ohren der Rekruten, die sich in der Reithahn stets vom Pferde herunterbilden mußten, damit der Herr Rittmeister besser reiten und schlagen konnte. Ein Kanonier Wilsel, der schlecht aussahen konnte, wurde von Kleinmichel buchstäblich an den Ohren auf das Pferd gezogen und dabei erheblich verletzt. Die mit gefüllten Wassereimern an ihm überdemarschierenden Leute schlug er mit der Säbelschneide an die Beine und andre Körpertheile, in einem Fall schlug er einen Mann mit der Säbelschneide derartig in das Gesicht, daß derselbe stark blutete und zwei Wochen arbeitsunfähig war. Mit der schmerzlichen Wahnsinnigkeit hieb er die Leute über Hände und Gesicht, so daß sie mehr-fach erhebliche Verletzungen erlitten. Die Leute mußten zur Ab-wechselung im Stalle antreten und in Kniebeuge das Jaunzeug vor sich halten, das er dann jedem ins Gesicht schleuderte. Bei jeder Gelegenheit zog er den mit Schmutz bedeckten Reuten in schmerzhaftester Weise an dieser Manneszier. Sehr beliebte Erziehungs-mittel waren auch Fußtritte und Faustschläge selbst in das Gesicht. Vor Gericht bestritt der durch zahlreiche Zeugen über-führte Mensch die Mißhandlungen und gab nur zu, gelegentlich die Leute geohrteigt zu haben, um sie zu guten Reitern und tüchtigen Soldaten zu machen. Festgestellt wurde auch, daß mißhandelte Rekruten, welche Anzeige machen wollten, in die Unteroffizierstube gerufen, von Kleinmichel und auch von einem ihm befreundeten Unteroffizier „zur Rede gestellt“, geohrteigt und mit Fußtritten zur Stube hinausgeführt wurden. Sie unterließen infolgedessen die brachfristige Meldung. Auf Veranlassung Kleinmichels mußten Mißhandelte, die die Spuren seiner Erziehungs-methode deutlich zur Schau trugen, dem Arzt vorliegen, sie seien von ihren Kameraden mißhandelt worden.

Die Mißhandlungen selbst bieten ja nichts Außerordentliches. Bemerkenswert ist aber jedenfalls, daß dieser wegen Rohheitsvergehen schon vorbestrafte Unteroffizier, der seit einer Reihe von Jahren seine Untergebenen in roher und feiger Weise mißhandelt, von seinem Hauptmann ein glänzendes Zeugnis erhält und infolge dessen nicht degradirt wird, seine „Erziehungsarbeit“ nach Verbüßung seiner Strafe also fortsetzen kann.

Aus Deutsch-Südwestafrika telegraphiert der Kommandeur des Seebatallions, Major v. Glasenapp, von Swakopmund, daß einem Gerücht zufolge ein Teil der Hereros bei Waterberg stehe, ein anderer Teil sich bei Gobabis verschanzt habe und das Abtreiben des Viehes nach Beisauana-Land deke. Major v. Estorf wird sich Freitag früh mit der Compagnie Haring und zwei Geschützen, zunächst mit Eisenbahn, nach Omaruru—Outjo in Marsch setzen, um die besser berittene Compagnie Franke gegen Waterberg verfügbar zu machen. Mit dem Rest der Expedition unter Glasenapps Führung selbst werde über Windhof gegen Gobabis vorgegangen werden, und zwar werde eine Compagnie, zwei Geschütze und Sprengladung Freitag früh mit der Eisenbahn nach Windhof fahren, der Rest am 11. nachfolgen. Lieutenant Winkler mit dem Abfüllungs-corps befindet sich in Windhof. Gouverneur Leutwein trifft am 12. in Swakopmund ein. Das Landungs-corps des „Habicht“ bleibt zum Schutze der Eisenbahn an Land.

## Huoland.

### Frankreich.

#### Die Gemeindevahlen von Paris

Hoffentlich sich jetzt nach einem im Jahre 1871 geschaffenen Wahlgesez, welches durch die Vermehrung der Pariser Bevölkerung, noch mehr durch Verschiebung der Einwohner innerhalb der einzelnen Viertel der Stadt zu einer großen Ungerechtigkeit gegenüber der Arbeiterklasse geworden ist. Paris, das im Jahre 1872 eine Bevölkerung von 1.799.000 hatte, wurde durch das damalige Wahlgesez in 80 Bezirke eingeteilt, deren jeder einen Gemeindevorsteher zu wählen hatte. Im Jahre 1901 war die Einwohnerzahl auf 2.959.000 gestiegen, die Zahl der Gemeindevorsteher ist bis heute dieselbe geblieben. Wie in allen Großstädten, so giebt es auch in Paris Viertel (die Geschäftsstraßen im Innern der Stadt und die Villen-Viertel) mit geringer Bevölkerungszahl, denen auf der andern Seite die dichtbevölkerten Arbeiter-Viertel gegenüber stehen. So zählt der Villen-Vorort Saint Germain nur etwas über 7000 Einwohner, während die Arbeiterviertel La Roquette und Clichancourt 77.000 Einwohner zählen. Die Pariser Arbeiterklasse wird also durch dieses Wahlgesez in gleicher Weise geschädigt, wie das durch unser „gleiches“ Reichstags-Wahlrecht geschieht. Die Nationalisten haben denn auch bei den letzten Gemeindevahlen mit Hilfe dieses famosen Systems die sozialistische Mehrheit des Pariser Stadthauses gestürzt. Die Kommission für Provinzial-Angelegenheiten der Deputiertenkammer hat nunmehr einen Entwurf angenommen, der demnächst der Kammer zur Beratung zugehen wird. Danach sollen alle diejenigen Wahlbezirke, die mehr als 50.000 Einwohner zählen, für jede weitere oder jede angefangenen 50.000 einen Abgeordneten mehr wählen. Bei diesem System, das viel Aussicht auf Annahme hat, erhalten 12 Bezirke je einen, ein Bezirk zwei Abgeordnete mehr. Damit sind aber nur die allergrößten Ungerechtigkeiten beseitigt, denn die schwachbevölkerten Bezirke, die weit unter 50.000 Einwohner zählen, haben nach wie vor ein großes Übergewicht über die große Masse. Neben diesem von der Kommission angenommenen Entwurf sind noch mehrere andre eingereicht. —

### England.

#### Gewerkschaftsprozess.

London, 9. Februar. (Fig. Ver.) Die Gewerkschaft der Bergleute von Yorkshire wurde wegen Verschönerung und Vertragsbruchs verurteilt. Die Festsetzung des Schadenersatzes wird später erfolgen. Die Kläger beanspruchten drei Millionen Mark. —

### Russland.

Die letzten Arbeiter-Unruhen in Amiens hatten ihre Ursache in den unerhörten Praktiken der Unternehmer. Das „Osvobodzenie“ schreibt hierüber: Es ist bekannt, wie die Unternehmer den Erlaß des Gesetzes über ihre Haftung beim Tod und bei der Verkrüppelung der Arbeiter beantwortet haben. Der letzte Bergbauunruhen in Charkow beschloß, sich an die Behörden zu wenden mit dem Ersuchen, die Vorschriften zu verletzen, da sie die Industrie ruinieren. Inzwischen haben die Werksverwaltungen auf eigne Faust Abwehrmittel gesucht.

Die Werke am Dniepr begannen die gesundheitlich schwächeren Arbeiter unter dem Vorwand der Verminderung der Produktion zu entlassen. So wurden 500 Arbeiter entlassen. Zum Ueberflus wurden durch eine Bekanntmachung die Löhne für gewisse Kategorien um 20 Proz. herabgesetzt.

Die aufgeregten Arbeiter wollten mit dem Direktor verhandeln und gegen schließlich in Massen vor seine Wohnung. Der geängstigte Direktor bot sich an entschuldigend und sagte sogar, daß er die neuen Vorschriften zurückziehen wolle. Die Worte wurden aber von der Menge nicht gehört. Inzwischen wurde ein Schuß auf die Versammlung abgegeben, etwa 100 Leute. Der Gouverneur verbot der Fabrikverwaltung, die Lohnreduzierung zurückzuziehen. —

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Bur Bewegung der Einseher. In der Einseher-Versammlung, die am 10. Februar bei Feuerstein tagte, warnte Stufschke davor, sich auf den Vorbeeren der Erfolge der Lohnbewegung auszurufen. Es werde nötig sein, in der nächsten Zeit da oder dort von neuem Sperren zu verhängen, da vier Unternehmer brieflich mitgeteilt hätten, sie jögen die für den Tarif gegebene Unterschrift zurück. Andere hielten nicht alle Bedingungen. Die Verhandlungen mit der Vertretung der Bauhüttenmeister, zur Herbeiführung einer richtigen Tarifgemeinschaft, nähmen ihren Fortgang. An einzelnen Bestimmungen werde herumgebetelt. Welchen Ausgang die Verhandlungen nähmen, lasse sich nicht voraussagen. Von größter Bedeutung wäre, daß die Kollegen hinter ihrer Kommission ständen. Auch müßten die Einseher ein wachsames Auge auf die Bauten haben. Sollte der eine oder andere Unternehmer seine Unterschrift zurückziehen, so hätten die Einseher sofort ihre Sachen zu packen. Redner verlas einen Artikel der Unternehmer-Zugabe, der in der folgenden lebhaften Debatte energisch zurückgewiesen wurde. Widerlegt wurde vor allem die Behauptung, daß die Einseher Jahresdienstleistungen von 2000 bis 3000 M. erzielen. Dann und wann werde das höchstens von sogenannten „Schiebern“ (Zwischenmeister, Kolonnenführer mit Prozentbeteiligung usw.) erzielt, der seine Mitarbeiter dabei ausbeute. Die Versammlung beschloß hierzu, daß ein Abwehrschuß herauszugeben sei, in dem die läghafte Uebertreibungen des Artikels und verschiedene darin enthaltene Verleumdungen der Einseher (Angewiesung ihrer Ehrenhaftigkeit) zurückgewiesen werden. — Ein besonderer Eingefall gab Anlaß zur Stellungnahme gegen die „Schieber“. Von verschiedenen Seiten wurde verlangt, daß man sich auf eine Tarifunterschrift durch Zwischenunternehmer nicht einlassen solle. Die Sperre über die Spandauer Firma Perch, die in jenem konkreten Falle in Frage kam, müsse aufrecht erhalten bleiben, bis Perch den Tarif anerkenne. — Stufschke hatte noch festgestellt, daß die Firma Bendig u. Co. a. u. w. a. r. i. s. nach Einsegnern annciert. Die Versammlung, bei denen die Firma in schlechtem Ansehen steht, schlossen darauf auf eine beabsichtigte Schädigung der zielbewussten Einseher Berlins und fahien einstimmig den Beschluß, daß über Bendig u. Co. die Sperre zu verhängen sei. Weiter wurde noch beschlossen, daß aus den Kreisen der Einseher eine passende Person vorläufig mit in das Bureau des Verbandes aufzunehmen sei, die bis zum endgültigen Abschluß der Bewegung die darauf bezüglichen laufenden Arbeiten zu erledigen habe und möglichst auch Baukostenkontrolle übernehme. Die Wahl bleibt der Branchenkommission vorbehalten.

### Deutsches Reich.

#### Grimmischen nach dem Kampfe.

Daß das Unternehmertum mit seinem Feldzuge gegen die Organisation wenig Glück gehabt hat, zeigten die am Dienstag abgehaltenen Versammlungen, welche von Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen besucht waren. Hunderte von Personen konnten infolge der von der Polizei getroffenen Maßnahmen keinen Einlaß finden.

Die Referenten Süßich, Berlin und Lüttich, Leipzig sprachen an der Hand eines zahlreichen Beweismaterials über das Thema: „Haben die Arbeiter in Grimmitischen das Koalitionsrecht?“ In der Debatte wurde das „stillschweigende Einverständnis“ zwischen den Unternehmern den Mitgliedern des Textilarbeiter-Verbandes gegenüber ins richtige Licht gestellt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige öffentliche Textilarbeiter-Versammlung protestiert ganz entschieden gegen das Vorgehen der hiesigen Unternehmer, welche den Mitgliedern des Textilarbeiter-Verbandes die Mitgliedsbücher abnehmen, da ein derartiges Vorgehen gegen den Anstand und

die guten Sitten verstößt. Sie erklört hierin eine Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit, die nach § 153 der Reichs-Gewerbeordnung jedem Arbeiter zusteht.

Die Versammlung wendet sich gegen die Erklärung der Unternehmer, daß es nur eines „leisen“ Wunsches derselben bedürfte, um die Arbeiter zum Austritt aus dem Verbande zu veranlassen und verspricht ihrer Organisation unter allen Umständen treu zu bleiben.“

Die von dem besten Geiste befehlten Versammlungen zeigten, daß die Unternehmer nicht im stande sind, die Organisation zu zerstören.

Breslauer Arbeitswilligenschuh. Vor zwei bis drei Wochen waren wir zum erstenmale in der Lage, zu berichten, daß in Breslau auch einmal Freisprechungen erfolgt waren in Prozessen gegen „organisierte Terroristen“. Dieser seltsame Vorgang konnte natürlich nicht ohne Folgen bleiben, die Staatsanwaltschaft legte gegen alle vom Schöffengericht erkannten freisprechenden Urteile Berufung ein.

Am Montag kamen zwei dieser Fälle zur Verhandlung. Das Verbrechen des Maurers Franz bestand darin, daß er nach der Anklageschrift zwei arbeitswilligen Maurern, die auf dem Wege nach einem gesperrten Bau sich befanden, sagte: „Geht nur hin, Ihr werdet's schon kriegen!“ Schlimmere Beschuldigungen erhebt nicht einmal der anklagende Staatsanwalt. Franz selbst behauptet, er habe gelagt: „Geht nur hin, geht, ich kann Euch nicht abhalten.“ In diesen Worten liegt die Rötigung, die das Schöffengericht allerdings nicht finden konnte, für die der Staatsanwalt aber einen Monat Gefängnis beantragte. Das Gericht ging über den Antrag des Anwalts noch hinaus und erkannte wegen dieses Ausspruches auf die Strafe von zwei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß ein Schöffengericht in dieser Sache überhaupt einen Freispruch fällen konnte, und der Vorsitzende begründete die horrend Strafe mit der Versicherung, sie müsse abschreckend auf die Rötiger von Arbeitswilligen wirken.

Im zweiten Falle lagen die Umstände so, daß eine Verurteilung nahezu ausgeschlossen war. Zwei Maurer hatten sich besperrt und geschlagen. Da der eine davon organisiert war, der andre jedoch nicht, wurde daraus ein Rötigungsprozess gegen den Organisierten eingeleitet. Die Aussagen der Belastungszeugen waren jedoch so konfus und widersprechend, daß sich beim besten Willen ein Zusammenhang mit den Organisationsfragen nicht herausfinden ließ. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt gegen den organisierten Maurer Parisch wegen Rötigung zwei Monate Gefängnis. Das Gericht mußte auf Freisprechung erkennen. Der Richter benutzte die Gelegenheit, sich gegen den „Grundstein“ der Maurer zu wenden, der protestierend darauf hingewiesen hatte, daß Breslauer Richter den ganzen Maurerverband als terroristisch bezeichnet hätten. Die Leute, die solche Verurteilungen schreiben, sollten besser acht geben, er habe nur gesagt, daß solche Fälle von Rötigung bei den Maurern besonders oft vorkommen.“

### Huoland.

#### Die Differenzen in der Diamantindustrie.

Streik in Antwerpen. Die Diamantarbeiter Antwerpens haben am Mittwochnachmittag in einer überfüllten Versammlung im Reichshof den Streik für den Reinstundentag proklamiert. Der Streik ist allgemein und umfaßt über 3000 Arbeiter. Unter den Juwelieren herrscht große Uneinigkeit. Nach einer Meldung der bürgerlichen Presse haben einige Arbeitgeber mit 200 Arbeitern ein Uebereinkommen mit dem Diamantarbeiter-Verbande auf Grundlage der Vorschläge des Verbandes geschlossen; sie wollen den Reinstundentag einführen, wenn für mindestens 1000 Arbeiter dasselbe Uebereinkommen getroffen wird.

In Amsterdam ist die Lage noch immer nicht geklärt. Die Amsterdamer Juweliervereinigungen hat dem Diamantarbeiter-Verbande eine lange mit Zahlen und Berechnungen gespickte Begründung ihres gestern mitgeteilten Beschlusses zugesandt. Warum es gerade 750 Lehrlinge, nicht mehr und nicht weniger sein sollen, die notwendig sind, und warum darüber nicht mit den Diamantarbeiter-Organisationen verhandelt werden soll, dafür werden allerdings keine triftigen Gründe vorgebracht. Es wird einfach gesagt, daß, weil in Antwerpen als Anfang 150 Lehrlinge zugelassen seien — zugelassen sind sie inhaltlich nur von den Juwelieren und den nicht der Vereinigung angehörenden Fabrikbesitzern, nicht aber von den Arbeitern — darum sei die Forderung von 750 Lehrlingen in Amsterdam billig. Kennzeichnend für die Haltung der Juweliere ist die Art, wie sie die von den Arbeitern gewünschte gemeinsame Kommission mit einem unparteiischen Vorpresidenten, die eine Untersuchung über die Frage, wieviel Lehrlinge im Interesse der Diamantindustrie zugelassen werden müssen, vornehmen sollte, ablehnen und ihre Ablehnung begründen. „Es liegt“, schreiben sie unter andern, „so ganz im Gedankengang unserer Lage, Differenzen zwischen verschiedenen Mächten durch Arbitrage-Kommissionen zu schlichten, daß die Macht, welche eine derartige Arbitrage von der Hand weist, sogleich den Schein kriegerischer Absichten auf sich lädt, während ihr Gegner die schöne Rolle des Friedliebenden spielt. Warum wir nun die Kommission in diesem Augenblick ablehnen? Einfach darum, weil wir in ihrer Ernennung nichts anderes sehen können, als die hinauschiebung einer zweckmäßigen Regelung der Lehrlingsfrage auf unabsehbare Zeit.“

— Zur näheren Begründung dieser Behauptung wird dann ausgeführt und nachgewiesen versucht, daß die der Kommission zugedachte Aufgabe, eine Untersuchung über die Menge des zu bearbeitenden Rohstoffes, der verfügbaren Arbeitskräfte usw. anzustellen, eine unabsehbare Zeit ersfordern würde, ja, daß der Kommission geradezu eine unmögliche Aufgabe auferlegt werden müßte. Die Kommission müßte unter andern zunächst Untersuchungen über die Produktion der de Beers-Minen und der übrigen südafrikanischen Minen sowie der südamerikanischen Minen, über die verschiedenen Qualitäten und Größen der Rohprodukte, über die Mengen, die davon in Amsterdam, Antwerpen, New York und andren Plätzen verkauft werden usw., vornehmen. Hierbei werden eine Menge Zahlen angeführt, die die Behauptung von der Unmöglichkeit der verlangten Untersuchung stützen sollen. Ferner wendet sich das Schriftstück der Juweliere gegen den Vorschlag eines unparteiischen Vorsitzenden für die Kommission; dieser würde, meint man, schließlich allein darüber urteilen auf Grund von Argumenten, die er zufällig von der einen oder andern Seite empfangen habe. Die Verpöpelung des Brillantschneider-Tarifs mit der Lehrlingsfrage halten die Juweliere für unangebracht, weil die Beratung eines solchen Tarifs geraume Zeit in Anspruch nehmen würde und Anlaß zu endlosen Verhandlungen geben könnte. Hinsichtlich des Reinstundentages verweisen sie auf ihre kategorische Antwort vom 20. Dezember 1903. Inwiefern diese Frage wieder an die Tagesordnung kommen müßte, wenn die Lehrlingsfrage erst mal gehörig geregelt sei, wäre näher zu untersuchen. Schließlich wird noch damit gedroht, daß im Ausland eine Hochschule für Diamantarbeiter errichtet werden solle, und definitive Antwort auf die Vorschläge der Juweliere bis zum 15. Februar verlangt.

Der Vorsitzende des Diamantarbeiter-Verbandes, Polak, antwortete sich dem Vertreter von „Der Volk“ gegenüber, daß der Brief der Juweliervereinigung hauptsächlich den Eindruck mache, als sei er dazu abgefaßt, die Allgemeinheit über die Absichten der Arbeiter zu täuschen. Das ganze Schreiben sei auf einer offenbar absichtlich falschen Auslegung der Resolution des Diamantarbeiter-Verbandes basiert. Die Untersuchungen, die zwecks Festsetzung der Zahl der anzunehmenden Lehrlinge verlangt und von den Juwelieren für undurchführbar erklärt werden, würden höchstens vierzehn Tage in Anspruch nehmen. Was den Brillantschneider-Tarif anbelange, so sei dieser bereits in den Hauptpunkten beraten worden; die Verhandlungen darüber könnten in einigen Tagen endgültig erledigt sein. Uebrigens sei der Brillantschneider-Tarif

seiner Zeit von den Juwelieren selbst mit der Lehrlingsfrage verknüpft worden. Den Vorschlag, eine gemeinsame Kommission mit einem unparteiischen Vorsitzenden einzusetzen, hätten die Diamantarbeiter gerade deswegen gemacht, um den Juwelieren die Sache so angenehm wie möglich zu machen. Die Drohung mit der Errichtung einer Hochschule im Auslande erklärte Polak für bloßes Geschwätz. Ein solcher Plan bestehe nicht und stände auf keinen Fall mit dem gegenwärtigen Konflikt in Verbindung. Schließlich erklärte Polak noch, daß der A. N. D. V. auf keinen Fall angetrieben vorgehen werde. Die Mitglieder sollten vor dem 15. d. M. über die Vorschläge der Juweliere abstimmen, das Ergebnis würde der A. N. D. V. kundgegeben und dann hätten die Juweliere wiederum des Wort, wenn ihrerseits nicht bereits früher eingegriffen werde.

Die Angeketteten der Trambahn Paris-Ost befinden sich schon seit längerer Zeit im Auslande. Sie fordern die Verklärung der Dienstzeit, die jetzt mit Unterbrechungen 16 bis 18 Stunden dauert, auf 10 Stunden. Pausen bis höchstens drei Stunden sollen gestattet sein, so daß die Angeketteten nicht länger als 13 Stunden dienstlich gebunden werden. Es haben Verhandlungen vor dem Friedensrichter stattgefunden, zu denen die Angeketteten und die Direktion je einen Vertreter entsandten. Eine Verständigung wurde aber nicht erzielt und die Direktion acceptierte auch nicht die von dem Vertretendenmann der Angeketteten nach einander vorgeschlagenen dritten Schiedsrichter. Jetzt hat der Minister für öffentliche Arbeiten einer Deputation der Arbeiter versprochen, eine Verständigung mit der Direktion zu suchen.

## Verfammlungen.

Nizdorf. Der Auflösung berief die am 10. Februar bei Thiel, Bergstr. 151, tagende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Nizdorf. Die Versammlung ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Mitglieder Herrt, Bachmann und Müller sowie des so früh verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Genossen Emil Rosenow, dessen der Vorsitzende in ehrenden Worten gedachte. Hierauf hielt Genosse Alberty seinen Vortrag über: „Die preussische Kultur schmach und die revolutionären Strömungen in Russland.“ Redner beleuchtete die in Preußen jetzt üblichen Russenverfolgungen, Auslieferung der als Gäste in Preußen-Deutschland weilenden Russen an die russische Grenze, kurz alle den gegenwärtigen Sozialismus kennzeichnenden Vorgänge in letzter Zeit, in kritischer Weise. Als derselbe im Verlaufe seiner Ausführungen erklärte, daß die Regierung eines Kulturstaates, die verbrecherische Spitzel-elemente habe, ein „Pöbel“ verdiene, erfolgte die Auflösung der Versammlung durch den überwachenden Polizeileutnant, während die Versammlung dem Referenten für den Vortrag den lebhaftesten Beifall zollte. Unter Absingung der Marseillaise verließen die Genossen den Saal.

Essentielle Protest-Versammlung am Freitag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, in Frantes Hof, S. Sebastianstr. 39: „Die Reichstagsversammlung über Prostitution, Bordelle und die Auslieferung der Frauen.“ Referenten: A. Pappity und cand. med. C. Bab. Diskussion. Eintritt frei.

## Der russisch-japanische Krieg.

### Das Gefecht bei Tschumulpo.

Tokio, 10. Februar. (Telegramm des Reuterschen Bureau's.) Ueber das Gefecht bei Tschumulpo wird noch gemeldet: Der Kapitän des Kreuzers „Worag“ sei an Bord geblieben und habe das Schiff, nachdem die Mannschaft sich gerettet hatte, in die Luft gesprengt. Ferner heißt es, ein französischer Kreuzer habe den Russen das Herannahen der Japaner mitgeteilt.

Nach nichtamtlichen Berichten sind zwei japanische Kriegsschiffe bei dem Angriff auf Port Arthur am 9. d. Mts. beschädigt worden.

### Die Landung der Japaner auf Korea.

Süß, 11. Februar. (Meldung der „Agence Havas“.) Die in Tschumulpo gelandeten japanischen Truppen sind in der Richtung auf Süß einmarchiert worden; eine kleine Anzahl hat die Stadt besetzt und hält dort die Ordnung aufrecht; das Gros der Kolonne hat in der Umgegend ein Lager bezogen.

### Die Stimmung in Tokio.

In Tokio herrscht andauernd Ruhe; auch Straßenkundgebungen finden nicht statt; jedoch sind die Gebäude mit Fahnen geschmückt.

### Die neutralen Mächte.

Paris, 11. Februar. Der Deputierte Verly berichtete in den Wandeltagen der Kammer über eine Unterredung, die er im Laufe des Nachmittags mit dem Minister des Aeußern über den russisch-japanischen Konflikt hatte. Im Laufe der Unterredung habe er dem Minister mitgeteilt, daß er einen Augenblick daran gedacht habe, den Antrag zu stellen, daß die Kammer der verbündeten befreundeten russischen Nation ihre Sympathie zum Ausdruck bringen möge, aber er habe aus zwei Gründen davon Abstand genommen: Erstens weil niemand an den Beschlüssen zweifeln könne, die man in Frankreich für Russland hege; zweitens weil ein Vorgehen dieser Art zu Auslegungen Veranlassung geben könnte, die man besser vermeide zu einer Zeit, in der in andern Ländern Kundgebungen im entgegengelegten Sinne hervorgerufen werden könnten.

London, 11. Februar. Die Neutralitätserklärung Englands wird heute in der „London Gazette“ veröffentlicht.

London, 11. Februar. Dem Reuterschen Bureau ist mitgeteilt worden, daß die Behauptung der „Kosmo Wrenja“, wonach die Japaner bei dem Angriff auf Port Arthur Weihaiwei als Basis benutz hätten, durchaus unwichtig sei.

Rom, 11. Februar. Die Neutralitätserklärung Italiens wird heute amtlich veröffentlicht. — Major Cavaglia wird in dem Hauptquartier in Tokio den militärischen Operationen folgen, während ein Marine-Offizier dem russischen Hauptquartier zugeteilt sein wird.

Paris, 11. Februar. Der „Agence Havas“ wird aus Petersburg gemeldet, der „Jesarewitsch“ sei weniger schwer beschädigt worden, als man zuerst angenommen habe. Die Reparatur der beim Steueruder gelegenen Schotten werde nur wenige Tage in Anspruch nehmen.

Petersburg, 11. Februar. Die von hier aus verbreitete Meldung aus Port Arthur vom 11. Februar, wonach heute nacht die Japaner mehrmals versucht hätten, in den Wachen bei Port Arthur zu landen und wonach die Versuche abgeschlagen seien, ist nach einer eben der „Russischen Telegraphen-Agentur“ zugegangenen Benachrichtigung des Marineministeriums vollständig erfunden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Königsberg i. Pr., 11. Februar. (B. T. V.) Das Amtsblatt der königlichen Regierung veröffentlicht einen vom 2. Februar datierten Siebdruck gegen den Driskrankenkassen-Kandidaten Braun.

Genosse Braun hatte sich nach Aufhebung der gegen ihn verhängten Untersuchungshaft seiner Zeit bekanntlich in eine Heilanstalt gegeben. Nach der über ihn wiedereröffneten Untersuchungshaft teilte er dem zuständigen Gericht mit, daß sein schweres Leiden ihn zwingt in der Heilanstalt zu verweilen.

Paris, 11. Februar. (B. T. V.) Aufgehobene Sitzung der Deputiertenkammer. Im Laufe der Sitzung kam es bei der Festsetzung des Tages für eine Interpellation zu einem heftigen Lärm auf der Rechten und im Centrum. Der Präsident war genötigt, die Sitzung aufzuheben, um die Ruhe wiederherzustellen.

Aus Kants Schriften.

Aufklärung.

Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines andern zu bedienen.

Das der bei weitem größte Teil der Menschen (darunter das ganze schöne Geschlecht) den Schritt zur Mündigkeit, außerdem daß er beschwerlich ist, auch für sehr gefährlich halte, dafür sorgen schon jene Vormünder, die die Obergewalt über sie gütigt auf sich genommen haben.

Sagungen und Formeln, diese mechanischen Werkzeuge eines vernünftigen Gebrauchs oder vielmehr Mißbrauchs seiner Naturgaben, sind die Furchellen einer immerwährenden Unmündigkeit. (Was ist Aufklärung?)

Freiheit.

Zu dieser Aufklärung... wird nichts erfordert, als Freiheit;... nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen. Nun höre ich aber von allen Seiten rufen: rasonniert nicht! Der Offizier sagt: rasonniert nicht, sondern erzehret! Der Finanzrat: rasonniert nicht, sondern bezahlet! Der Geistliche: rasonniert nicht, sondern glaubt!...

Gedankenfreiheit.

Zu dieser Freiheit gehört dem auch die, seine Gedanken, seine Zweifel, die man sich nicht selbst auflösen kann, öffentlich zur Beurteilung auszustellen, ohne darüber für einen unruhigen und gefährlichen Bürger verschrien zu werden. Dies liegt schon in dem ursprünglichen Recht der menschlichen Vernunft, welche keinen andern Richter erkennt, als selbst wiederum die allgemeine Menschenvernunft, worin ein jeder seine Stimme hat; und da von dieser alle Beförderung, deren unser Zustand fähig ist, herkommen muß, so ist ein solches Recht heilig und darf nicht geschnitten werden. (Kritik der reinen Vernunft)

Die Freiheit der Wissenschaft.

Dem letzteren (dem Gelehrten), als Mitglied einer öffentlichen Anstalt, der (unter dem Namen einer Universität) alle Wissenschaften zur Kultur und zur Verwahrung gegen Veruntüchtigungen anvertraut sind, liegt es ob, die Annahmen des ersten (des Geistlichen) auf die Bedingung einzuschränken, daß seine Censur seine Person im Felde der Wissenschaften anrichte. ... Weht man von dieser Regel ab, so muß es endlich dahin kommen, wo es schon sonst (zum Beispiel zur Zeit des Galileo) gewesen ist, nämlich daß der biblische Theologe, um den Stolz der Wissenschaften zu demütigen und sich selbst die Vernichtung mit denselben zu erproben, wohl gar in die Astronomie oder andere Wissenschaften z. B. die alte Erdgeschichte, Einbrüche wagen, und wie diejenigen Völker, die in sich selbst entweder nicht Vernunft oder auch nicht Ernst genug finden, sich gegen besorgliche Angriffe zu verteidigen, alles um sich her in Wästen verwandeln, alle Vorsicht des menschlichen Verstandes in Verfall nehmen dürfte. (Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft)

Die Reife zur Freiheit.

Ich gestehe, daß ich mich in den Ausdruck, dessen sich auch wohl kluge Männer bedienen, nicht wohl finden kann: ein gewisses Volk (was in der Bearbeitung einer gesellschaftlichen Freiheit begriffen ist) ist zur Freiheit nicht reif; die Zeitbegebenen eines Souveränitätsmüßlings sind zur Freiheit noch nicht reif; und so auch, die Menschen überhaupt sind zur Glaubensfreiheit noch nicht reif. Nach einer solchen Voraussetzung aber wird die Freiheit nie eintreten; denn man kann zu dieser nicht reifen, wenn man nicht zuvor in Freiheit gesetzt worden ist (man muß frei sein, um sich seiner Kräfte in der Freiheit zweckmäßig bedienen zu können). Die ersten Versuche werden freilich roh, gemeinlich auch mit einem beschwerlichen und gefährlicheren Zustande verbunden sein, als da man noch unter den Befehlen, aber auch der Vorkehr andrer stand; allein man reift für die Vernunft nie anders als durch eigene

Kants praktische Philosophie.

Seine social-ethische Philosophie entwickelt und begründet Kant systematisch in der „Kritik der praktischen Vernunft“. Der Titel, den Parallellismus mit der „Kritik der reinen Vernunft“ hervorstechend, weist schon darauf hin, daß nach Kantischer Auffassung der Ethik, den sittlichen Forderungen und Werturteilen eine ursprüngliche Funktion der Vernunft zu Grunde liegt, eine Funktion, die nach analogen Methoden, wie die in der „Kritik der reinen Vernunft“ angewandten, wissenschaftlich zwingend nachgewiesen werden können.

Das menschliche Handeln, auf einer breiten Unterlage des Instinktes und unbewusster Gewöhnung sich erhebdend, ist in seiner entwickelten Form ein durch Zwecksetzung bestimmtes. Wenn wir wissen wollen, warum jemand etwas gethan hat, so fragen wir zuerst nach dem Zweck, den er in seinem Handeln verwirklichen wollte, der ihn als Ziel und als Motiv geleitet hat. Und wie in dem Handeln selbst, so ist auch in unserem Urteil über Handlungen diese Beziehung auf Zweckvorstellungen stets vorhanden. Verkehrt nennt man das Handeln, bei dem der Zweck oder der weitere Komplex von Zwecken, auf den die Wirkung des Handelnden gerichtet war, gar nicht oder nur unvollkommen erreicht werden kann, richtig aber das dem vorgesezten Zweck angepaßte, den Erfolg, so weit ein solcher unter den gegebenen Bedingungen überhaupt erreichbar, verwirklichende Handeln. Das begriffliche Schema von Mittel und Zweck, das ohne Denkvermögen, ohne „Vernunft“ in uns unmöglich wäre, spielt also in dem aktiven menschlichen Leben und der Beurteilung desselben eine ähnl. fundamentale Rolle, wie das begriffliche Schema von Ursache und Wirkung in unserer gesamten Naturauffassung.

Aber so wenig aus dem allgemeinen Begriffe der Kausalität die einzelnen besonderen Naturgesetze sich deducieren lassen, so wenig aus dem allgemeinen Begriffe der Zweckmäßigkeit die einzelnen besonderen Normen für das menschliche Handeln. Das Zwecksetzen, wie wohl in ihm zugleich immer ein Denkaft eingeschlossen, ist aus dem Denkvermögen, der „Vernunft“ allein weder in seiner allgemeinen Form und selbstverständlich erst recht nicht in seinem besonderen Inhalt herzuleiten. Jede Zwecksetzung, jedes Erreichenswollen irgend einer bestimmten Veränderung in der Wirklichkeit hat zur Voraussetzung, daß wir als Glieder dieser Wirklichkeit zugleich fühlende, Lust und Unlust empfindende Wesen sind. Ohne Lust- und Unlustgefühle würde ein Zustand unsrer selbst und der mit uns verbundenen Menschen und genau so gleichgültig wie irgend ein anderer sein. Es gäbe kein „Bedürfnis“, das Wort im weitesten Sinne genommen, keinerlei Antrieb, durch unser Handeln irgend etwas realisieren zu wollen, also überhaupt kein Zweck setzen und kein Handeln.

Versuche (welche machen zu dürfen man frei sein muß), ... es zum Grundsatz zu machen, daß denen, die ihnen einmal unterworfen sind, überhaupt die Freiheit nicht taugt, und daß man be-rechtigt sei, sie jederzeit davon zu entfernen, ist ein Eingriff in die Regalien der Gottheit selbst, die den Menschen zur Freiheit schenkt. Bequemer ist es freilich, in Staat, Haus und Kirche zu herrschen, wenn man einen solchen Grundsat durchzusetzen vermag. Aber auch gerechter? (Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft)

Die königlichen Völker und die Philosophen.

Daß Könige Philosophieren oder Philosophen Könige würden, ist nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen; weil der Besitz der Gewalt das freie Urtheil der Vernunft unvermeidlich verdrängt. Daß aber Könige oder königliche (sich selbst nach Gleichheitsgesetzen beherrschende) Völker die Klasse der Philosophen nicht schwimmen oder verstümmen, sondern öffentlich sprechen lassen, ist beiden zur Beleuchtung ihres Geschäfts unentbehrlich. (Zum ewigen Frieden)

Gewölle der Hofluft.

Der biblische Theologe kann der Vernunft nichts andres entgegen-setzen, als wiederum Vernunft, oder Gewalt, und will er sich den Vorwurf der letzteren nicht zu Schulden kommen lassen (welches in der jetzigen Krisis der allgemeinen Einschränkung der Freiheit im öffentlichen Gebrauch sehr zu fürchten ist), so muß er jene Vernunft-gründe, wenn er sie sich für nachtheilig hält, durch andre Vernunft-gründe unkräftig machen und nicht durch Bannstrahlen, die er aus dem Gewölle der Hofluft auf sie fallen läßt. (Brief Kants an Staudin vom 4. Mai 1793)

Die Despotie des Fetischdienstes.

Das Pfaffen-tum ist ... die Verfassung einer Kirche, sofern in ihr ein Fetischdienst regiert, welches allemal da anzutreffen ist, wo nicht Principien der Sittlichkeit, sondern statutarische Gebote, Glaubensregeln und Obergewalten die Grundlage und das Wesentliche desselben ausmachen. ... Auf das mehr oder weniger kommt es hier nicht eben an, wo der Wert oder Unwert auf der Beschaffenheit des zu oberst verbindenden Principis beruht. Wenn dieses die gehörige Unterwerfung unter eine Satzung, als Frondienst, nicht aber die freie Huldigung auferlegt, die dem moralischen Gehege zu oberst geleistet werden soll; so mögen der auferlegten Obergewalten noch so wenig sein; genug, wenn sie für unbedingt notwendig erklärt werden, so ist das immer ein Fetisch-glauben, durch den die Menge regiert, und durch den Gehorsam unter eine Kirche (nicht der Religion) ihrer moralischen Freiheit beraubt wird. Die Verfassung derselben (Hierarchie) mag monarchisch oder aristokratisch oder demokratisch sein: das betrifft nur die Organisation; die Konstitution derselben ist und bleibt doch unter allen diesen Formen immer despotisch. Wo Statuten des Glaubens zum Konstitutionsgesetz gezählt werden, da herrscht ein Klerus, der der Vernunft, und selbst zuletzt der Schriftgelehrsamkeit gar wohl entbehren zu können glaubt, weil er als einzig autorisierter Verwalter und Ausleger des Willens des unsichtbaren Gesetzgebers der Glaubens-vorschrift ausschließlich zu verwalten die Autorität hat und also mit dieser Gewalt versehen, nicht überzeugen, sondern nur befehlen darf. ... Weil nun, außer diesem Klerus, alles Uebrige Laie ist (das Oberhaupt des politischen gemeinen Lebens nicht ausgenommen); so beherrscht die Kirche zuletzt den Staat, nicht eben durch Gewalt, sondern durch Einfluß auf die Gemüther, außerdem auch durch Vor-spiegelung des Ruhens, den dieser vorgeblich aus einem unbedingten Gehorsam sich ziehen können, zu dem eine geistige Disciplin selbst das Denken des Volkes gewohnt hat; wobei aber unermert die Geduld an Heuchelei die Redlichkeit und Treue der Unterthanen untergräbt, sie zum Scheindienst auch in bürgerlichen Pflichten ab-wöhnt. (Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft)

Dogmatische Diskussionen.

So giebt's ... keine eigentliche Polemik im Felde der reinen Vernunft. Beide Teile sind Lustfechter, die sich mit ihrem Schatten herumwalzen; denn sie gehen über die Natur hinaus, wo für ihre dogmatischen Griffe nichts vorhanden ist, was sich fassen und halten ließe. Sie haben gut kämpfen; die Schatten, die sie zer-hauen, wachsen, wie die Helsen in Walsalla, in einem Augenblick

Wie alle menschlichen Anlagen kann selbstverständlich auch das zweckbestimmte Handeln erst in gesellschaftlichen Leben zur Betätigung und Entfaltung gelangen. Andererseits ist es in der Natur dieses gesellschaftlichen Lebens (auch wenn wir von den frechtlich gebundenen Formen, in denen es sich historisch entwickelt hat, absehen und uns die denkbar freieste Form desselben vorstellen) begründet, daß der Freiheit des Handelns durch Gesetz und Recht Schranken gezogen sind. Man kann die Umänderung einer bestehenden Rechtsordnung in eine andre, aber — vernünftigerweise — nie die Abschaffung überhaupt jeder Rechtsordnung erstreben wollen, weil dann bei völlig regelloser Willkür die Gesellschaft selbst, ohne welche das Individuum ein Nichts ist, elementare Garantien ihres Bestandes verlieren würde. Aber nicht nur durch Gesetz und Recht, hinter denen die Strafgewalt des Staates steht, wird die Willkür, mit der die einzelnen ihre Zwecke verfolgen, ein-ge-schränkt, sondern in gewissem Umfange auch durch die un-abhän-gig von der immer ein begrenzten staatlichen Strafgewalt wirkenden Vorstellungen vom Sittlichen. Und diese Vorstellungen erscheinen in ihrem Inhalt nicht durchweg konventionell zufällig, sondern teilweise auch als etwas im Wesen alles gesellschaftlichen Zusammenlebens begründetes. Zudem wir unparteiisch d. h. als Glieder der Gesellschaft urteilen, müssen wir, wie über-haupt eine Rechtsordnung, so auch die Anerkennung ver-pflichtender Regeln für den durch die Rechtsordnung frei-gelassenen Kreis menschlichen Handelns wollen. Wir müssen vom Standpunkt der Gesellschaft, als Gesellschaftsglieder wünschen, daß auch da, wo keine Strafandrohung etwas erzwingen kann, die Grundsätze der Redlichkeit, der Willigkeit, der Wahrhaftigkeit in dem Verkehr der Menschen miteinander gelten sollen. Neben jenes Urteil ob eine Handlungsweise in Anbetracht des ganz bestimmten Zweckes, den der Handelnde erreichen will, klug oder thöricht sei, tritt so eine in ihrem inneren Grunde völlig veränderte Wert-beurteilung des Handelns, eine Beurteilung, die das Handeln nicht auf seine individuelle Zweckmäßigkeit, sondern darau-fin prüft, ob es bei seiner Zweckverfolgung jenen von uns als Gesellschaftsgliedern anerkannten Grundsätzen sich unterwirft, oder sich über sie, wo es ohne Furcht vor eignen Schaden möglich, hinwegsetzt. Ein Verhalten, bei dem das Individuum die Regeln, denen es, unparteiisch, notwendig beistimmen muß, als bindendes Ge-setz befolgt, wenn auch Erwägungen privaten Vorteils noch so sehr dagegen sprechen, wird — moralisch, ein Verhalten, bei dem der Handelnde privaten Vorteils wegen jene Normen bricht — un-moralisch genannt. Und als oberstes Moralsgesetz wäre dem-nach anscheinend die Forderung anzustellen, daß die einzelnen „ge-sezmäßig“, das heißt gemäß den ihnen selber, als Gesellschafts-gliedern, allgemein und unmittelbar einleuchtenden Normen handeln.

Zu diesem Sinne interpretiert, könnte die Kantische Moral-auffassung als eine mehr methodische, weil von Gesellschaftsganzen ausgehende Explikation der in der alten Moralsformel: „Was du nicht willst, daß man dir thue, thue den andern auch nicht,“ aus-

wiederum zusammen, um sich auf's neue in unblutigen Kämpfen belustigen zu können. (Kritik der reinen Vernunft)

Die Kirche.

Es ist eine notwendige Folge der physischen und zugleich der moralischen Anlage in uns, welche letztere die Grundlage und zugleich Auslegerin aller Religion ist, daß diese endlich von allen empirischen Bestimmungen gelöst, von allen Statuten, welche auf Geschichte beruhen, und die vermittelt eines kirchenglaubens provisorisch die Menschen zur Beförderung des Guten vereinigen, allmählich losgemacht werde, und so reine Vernunftreligion zuletzt über alle herrsche, „damit Gott sei alles in allem“. — Die Hellen, unter welchen der Embryo sich zuerst zum Menschen bildet, müssen abgelöst werden, wenn er nun an das Tageslicht treten soll. Das Leitband der heiligen Ueberlieferung, mit seinen Anhängeln, den Statuten und Obergewalten, welches zu seiner Zeit gute Dienste that, wird nach und nach entbehrlich, ja endlich zur Fessel, wenn er in das Jünglingsalter eintritt. So lange er (die Menschengattung) „ein Kind war, war er klug als ein Kind“ ... „nur er aber ein Mann wird, legt er ab, was kindisch ist“. Der erniedrigende Unterschied zwischen Laien und Klerikern hört auf, und eine Gleichheit entspringt aus der wahren Freiheit.

Dem kirchenglauben kann ... sein nützlichster Einfluß als eines Befehls erhalten, und ihm gleichwohl als einem Wahn von gottesdienstlicher Pflicht aller Einfluß auf den Begriff der eigentlichen (nämlich moralischen) Religion abgenommen werden. (Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft)

Das Pfaffen-tum.

Von einem tungusischen Schaman, bis zu dem Kirche und Staat zugleich regierenden europäischen Prälaten, oder (wollen wir statt der Häupter und Anführer nur auf die Glaubensanhänger nach ihrer eignen Vorstellungart sehen), zwischen dem ganz sinnlichen Regulieren, der die Tage von einem Varenfell sich des morgens auf sein Haupt legt, mit dem kurzen Gebet: „Schlag mich nicht tot!“ bis zum sublimierten Puritaner und Independenten in Connecticut ist zwar ein mächtiger Abstand in der Manier, aber nicht im Princip zu glauben; denn was dieses betrifft, so gehören sie insgesamt zu einer und derselben Klasse, derrer nämlich, die in dem, was an sich keinen besseren Menschen aus-macht, (im Glauben gewisser statutarischer Sätze, oder Begehren gewisser willkürlicher Obergewalten) ihren Gottesdienst setzen. (Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft)

Das Gebet.

Endlich, wenn man einmal zur Maxime eines vermeintlich Gott für sich selbst wohlgefälligen, ihn auch nötigenfalls verschönden, aber nicht rein moralischen Dienstes, übergegangen ist, so ist in der Art, ihm gleichsam mechanisch zu dienen, kein wesentlicher Unterschied, welcher der einen vor der andern einen Vorzug gebe. Sie sind alle, dem Wert (oder vielmehr Unwert) nach, einerlei, und es ist bloße Pierei, sich durch feinere Abweichung vom alleinigen intellektuellen Princip der echten Gottesverehrung zu ausreiferer zu halten, als die, welche sich einer vorgeblich gro-ßen Herabsetzung zur Sinnlichkeit zu Schulden kommen lassen. Ob der Anbänger seinen statutenmäßigen Gang zur Kirche, oder ob er eine Wall-fahrt nach den Heiligthümern in Loreto oder Palästina anstellt, ob er seine Gebetsformeln mit den Lippen, oder, wie der Tibetener (welcher glaubt, daß diese Wünsche auch schriftlich aufgesetzt, wenn sie nur durch irgend etwas z. B. auf Flaggen geschrieben, durch den Wind, oder, in einer Büchse eingeschlossen, als eine Schwungmaschine mit der Hand bewegt werden, ihren Zweck eben so gut errichten), es durch ein Gebetrad an die himmlische Ge-hörde bringt, oder was für ein Surrogat des moralischen Dienstes Gottes es auch immer sein mag, das ist alles einerlei und von gleichem Wert. (Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft)

Aberglaube und Schwärmerei.

Der Wahn, durch religiöse Handlungen des Kultus etwas in An-sehung der Rechtfertigung vor Gott auszurichten, ist der religiöse Aberglaube; so wie der Wahn dieses durch Bestrebung zu einem vermeintlichen Umgange mit Gott bewirken zu wollen, die religiöse Schwärmerei. (Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft)

gesprochenen Ueberzeugung gelten und würde sich so von der popu-lären Anschauung nicht allzuweit entfernen. Daß wir von unsren privaten Interessen absehend als Gesellschaftsglieder, gewissen all-gemeinen Normen zustimmen, hat ja durchaus nichts Mystisches; sind es doch eben Normen, durch deren Befolgung das, was uns als bloße Gesellschaftsglieder interessiert, der Bestand und das Wohl des Ganzen am besten gesichert erscheint. Die Beziehung zu den Be-dürfnissen, zwar nicht den zufälligen individuellen, wohl aber des all-gemeinen gesellschaftlichen, bleibt so als der entscheidende Bestimmungsgrund, als zweckverleidendes Motiv auch für die Form und für den Inhalt des moralischen Werturteils bestehen.

Aber gerade dieser naturalistischen Deutung will Kant in seiner Ethik answeihen. Die Vernunft soll nicht in der Weise, daß sie auf allgemeine gesellschaftliche Zwecke reflektiert und auf Grund dieser Zwecke für den Einzelnen verbindliche Forderungen auf-stellt, an der moralischen Gesetzgebung beteiligt sein, sondern sie soll nach Kantischer Ansicht ein unbedingtes, von der Frage, ob überhaupt irgend welche individuelle oder gesellschaftliche Zwecke dadurch gefördert werden, durchaus unabhängiges Princip moralischer Gesetzgebung in sich selber haben. In letzter Linie läuft die Kantische Idee darauf hinaus, daß ein rein logisches Wertmal, ob nämlich ein Grundsatz widerspruchsfrei, ohne sich selbst aufzuheben, von uns verallgemeinert gedacht werden kann, dem moralischen Werturteil zu Grunde liege. Das ist das eigentliche Wesen seines „kategorischen Imperativs“. Eben diese formalistische Abseheidung des Moralischen von allen natürlichen Zwecken begründet nach seiner Ueberzeugung die Würde, den unbedingten Geltungsanspruch der Moral, die sich dadurch, daß sie ihr Princip in reiner Vernunft habe, als Votum einer höheren Welt ankündigt. Aufscheinend das in der Erfahrung gegebene moralische Bewußtsein nur zergliedern, trägt er durch die formalistische Wendung, die ihm den Weg zu seiner neuen Metaphysik nicht nur öffnet, sondern selbst bereits schon Metaphysik ist, ein fremdes, ganz und gar nicht nachweisbares Element in das-felbe hinein.

Bei der Verheit des Principis ist dann auch jede direkt be-ducierende Herleitung einzelner moralischer Grundsätze aus ihm un-möglich. An seine Stelle treten dann später die verständlicher klingenden Forderungen, daß der Mensch die Menschenwürde wahre und seine Nebenmenschen nie als bloße Mittel, sondern immer zugleich als Selbst-zweck handle, — Forderungen, die aber in der Art, wie sie als Ausdruck humanitärer Gesinnung von dem gewöhn-lichen Bewußtsein anerkannt werden, ganz andern Ursprung haben, also für den centralen formalistisch-metaphysischen Satz der Kantischen Moralphilosophie rückwirkend nichts beweisen.

Zudem nun Kant die Akte, durch welche das moralische Handeln mit den natürlichen Gefühlen der Sympathie und Iustiz mit dem gesellschaftlichen Interesse ursächlich verbunden ist, zerreißt und als echt moralisch nur eine aus der Achtung vor jenem ab-strakten Vernunftgesetz vollzogener Handlung gelten lassen will, wird für ihn die dieses Handeln erzeugende moralische Gesinnung

\*) Vgl. den Artikel „Kants theoretische Philosophie“ in Nr. 29 und 30 des Unterhaltungsblattes.

### Kirchliche und staatliche Zwangsherrschaft.

Alles, auch das Erhabenste, verleiht sich unter den Händen der Menschen, wenn sie die Idee desselben zu ihrem Gebrauch verwenden. Was nur sofern wahrhaftig verehrt werden kann, als die Achtung dafür frei ist, wird genötigt, sich nach solchen Formen zu bequemen, denen man nur durch Zwangsgesetze Ansehen verschaffen kann, und was sich von selbst der öffentlichen Kritik jedes Menschen bloßstellt, das muß sich einer Kritik, die Gewalt hat, d. i. einer Censur unterwerfen. (Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft.)

### Despoten-Gewalt.

Für die Allgewalt der Natur . . . ist der Mensch . . . nur eine Kleinigkeit. Daß ihn aber auch die Herrscher von seiner eigenen Gattung dafür nehmen, und als eine solche behandeln, indem sie ihn teils tierisch, als bloßes Werkzeug ihrer Absichten, betrachten, theils in ihren Streitigkeiten gegeneinander aufstellen, um ihn schlachten zu lassen, — das ist keine Kleinigkeit, sondern Umkehrung des Endzwecks der Schöpfung selbst. (Streit der Fakultäten.)

### Die Republik.

Die Erfüllung nach Principien der Freiheit der Glieder einer Gesellschaft (als Menschen); zweitens nach Grundsätzen der Abhängigkeit aller von einer einzigen gemeinsamen Gesetzgebung (als Unterthanen); und drittens die nach dem Gesetz der Gleichheit derselben (als Staatsbürger) gestiftete Verfassung — die einzige, welche aus der Idee des ursprünglichen Vertrages hervorgeht, auf der alle rechtliche Gesetzgebung eines Volkes gegründet sein muß — ist die republikanische. (Zum ewigen Frieden.)

### Der sozialistische Staat.

Die platonische Republik ist als ein vermeintlich auf fallendes Beispiel von erträumter Vollkommenheit, die nur im Gehirn des müßigen Denkers ihren Sitz haben kann, zum Sprichwort geworden. . . . Allein man würde besser thun, ihm mehr nachzugehen und ihn (wo der vortreffliche Mann uns ohne Hilfe läßt) durch neue Bemühungen ins Licht zu stellen, als ihn unter dem sehr elenden und schädlichen Vorwande der Unmöglichkeit beiseite zu legen. Eine Verfassung von der größten menschlichen Freiheit nach Gesetzen, welche machen, daß jede Freiheit mit der andern ihrer zusammen bestehen kann. . . . ist doch wenigstens eine notwendige Idee, die man nicht bloß im ersten Entwurfe einer Staatsverfassung, sondern auch bei allen Gesetzen zum Grunde legen muß, und wobei man anfänglich von den gegenwärtigen Hindernissen abstrahieren muß, die vielleicht nicht sowohl aus der menschlichen Natur unvermeidlich entspringen mögen, als vielmehr aus der Vernachlässigung der ersten Ideen bei der Gesetzgebung. Denn nichts kann Schädlicheres und eines Philosophen Unwürdigeres gefunden werden, als die pöbelhafte Verfassung auf vorgeblich widerstreitende Erfahrung, die doch gar nicht existieren würde, wenn jene Anstalten zu rechter Zeit nach den Ideen getroffen würden und an deren Statt nicht rohe Begriffe eben darum, weil sie aus Erfahrung geschöpft werden, alle gute Absicht vereiteln hätten. Je übereinstimmender die Gesetzgebung und Regierung mit dieser Idee eingerichtet wären, desto festeren würden allerdings die Strafen werden, und da ist es denn ganz vernünftig (wie Plato behauptet), daß bei einer vollkommenen Anordnung derselben gar keine dergleichen nötig sein würden. (Kritik der reinen Vernunft.)

Die Idee einer mit dem natürlichen Rechte der Menschen zusammenstimmenden Konstitution: daß nämlich die dem Gesetz Gehorchenden auch zugleich, gesetzgebend sein sollen, liegt bei allen Staatsformen zu Grunde, und das gemeine Wesen, welches ihr gemäß, durch reine Vernunftbegriffe gedacht, ein platonisches Ideal heißt, ist nicht ein leeres Hirngespinnst, sondern die ewige Norm für alle bürgerliche Verfassung überhaupt und entfernt allen Krieg. Eine dieser gemäß organisierte bürgerliche Gesellschaft ist die Darstellung derselben nach Freiheitsgesetzen durch ein Beispiel in der Erfahrung, und kann nur nach mannigfaltigen Befindungen und Kriegen mühsam erworben werden; ihre Verfassung aber, wenn sie im großen einmal errungen worden, qualifiziert sich zur besten unter allen, um den Krieg, den Verderber alles Guten, entfernt zu halten. . . .

Platos „Atlantica“, Morus „Utopia“, Harringtons „Oceana“ und Maais „Severambia“ sind nach und nach auf die Bühne gebracht, aber nie . . . auch nur versucht worden. . . . Ein Staatsprodukt, wie man es hier denkt, als derkeinst, so spät es auch sei, als vollendet zu hoffen, ist ein sicherer Traum; aber sich ihm immer zu nähern, nicht allein denkbar, sondern, so weit es mit dem moralischen Gesetze zusammen bestehen kann, Pflicht, nicht der Staatsbürger, sondern des Staatsoberhauptes.

zu einer urchaflosen, aus physiologisch-psychologischen Bedingungen schlechthin unerklärlichen That der „Freiheit“. Diese Idee der Freiheit und weiterhin die der Unsterblichkeit und der Gottheit, die, wie die „Kritik der reinen Vernunft“ gezeigt, theoretisch völlig unabweisbar sind, treten hier in Kontext praktischer Philosophie als „Postulate“, als Glaubens-Überzeugungen, die mit der moralischen Bestimmung unabtrennbar verbunden seien, auf. Führt der Mensch auf dem Grunde seines moralischen Bewußtseins, wie Kant in Umdeutung der Thatfachen behauptet, die Forderung vor, daß er einem reinen Vernunftprinzip gemäß zu handeln habe, so muß er in Konsequenz davon auch an die Möglichkeit eines solchen durch keinerlei sinnlich-natürliche Motivation und Zwecksetzung mehr bedingten Handelns, an die urchaflose innere Selbstbestimmung oder „Freiheit“, wie schließlich auch an den umfassenden Zusammenhang einer hinter der Welt der Erscheinungen verborgenen wirkenden „moralischen Weltordnung“ glauben.

Die Welt der Erscheinungen, das Weltbild, welches auf Grund des Empfindungsablaufs und unserer geistigen Struktur sich in uns erzeugt, ist, so hatte die „Kritik der reinen Vernunft“ gelehrt, durchgängig dem Gesetze des Werdens und der Ursächlichkeit unterworfen. Dachten wir die Welt der Erscheinungen in ihren wesentlichen Bestimmungen als ein Bild, eine adäquate Widerspiegelung des Ansehenden, derart, daß dies letzte Ansehende selbst also ein materieller, in Raum und Zeit sich vollziehender, dem Kausalitätsgesetz unterworfenen Prozeß wäre, wie der Materialismus will, — dann würde unsere Weltanschauung von vornherein die Möglichkeit der urchaflosen Willensfreiheit wie überhaupt alle kantischen Glaubenspostulate von sich ausschließen. Und wenn der Philosoph jede solche materialistische Auffassung, die, wie wir in einem früheren Artikel darzulegen suchten, durch den erkenntnistheoretischen, „kritischen“ Standpunkt noch keineswegs widerlegt ist, völlig ignoriert und eine absolute Wesensverschiedenheit des problematisch angenommenen „Dings an sich“ und der Erscheinungswelt voraussetzt, so deutet das in der „Kritik der reinen Vernunft“ bereits wohl auf den Einfluß jener moralischen Glaubensinteressen hin, von denen seine praktische Philosophie beherrscht wird. Indem er dort dem unabweisbaren Gedanken eines „Jenseits der Erscheinung“ die Wendung giebt, daß dieses Jenseits notwendig als ein unräumliches, zeitliches, keiner Kausalität unterworfenen gedacht werden müsse, ist dem moralischen Glauben Platz geschafft für seine Postulate, die, wenn das Ansehende als ein der Erscheinungswelt entsprechender materieller Prozeß in Zeit und Raum gedacht werden müßte, widersinnig und unmöglich wären. Das „Ja“, dem alles erscheint, dieses Centrum der gesamten Vorstellungswelt, kann dann, wie es sich eingestuft findet in den kausal bedingten Ablauf der Erscheinungen, so andererseits sich als ein Letztbegriff in jenem überirdischen „Jenseits der Erscheinungen“ wurzelndes Wesen, dem als solchem das Vermögen urchafloser Willensfreiheit zukomme, denken. Wägen wir, wenn auch der moralische Vernunftglaube über die Verstandeserkenntnis hinausgeht, siehe er doch, meint Kant, auf seine Idee des Jenseits der Erscheinungen hinweisend, nicht in logischem Widerspruch zu ihr, könne vom Verstande also auch nicht widerlegt werden. Im Sinne eines solchen nicht aus Offenbarung, sondern aus „Vernunft“ geschöpften

### Das Ideal der bürgerlichen Gesellschaft.

Das größte Problem für die Menschengattung, zu dessen Auflösung die Natur ihn zwingt, ist die Erreichung einer allgemeinen das Recht verwaltenden bürgerlichen Gesellschaft. . . . So muß eine Gesellschaft, in welcher Freiheit unter äußeren Gesetzen im größtmöglichen Grade mit unübersteiglicher Gewalt verbunden angetroffen wird, d. i. eine vollkommen gerechte bürgerliche Verfassung die höchste Aufgabe der Natur für die Menschengattung sein. . . .

In diesem Zustand des Zwangs zu treten, zwingt den, sonst für ungebundene Freiheit so sehr eingenommenen Menschen die Not; und zwar die größte unter allen, nämlich die, welche sich Menschen untereinander selbst zufügen, deren Neigungen es machen, daß sie in wilder Freiheit nicht lange neben einander bestehen können. Allein in einem solchen Gehege, als bürgerliche Vereinigung ist, thun eben dieselben Neigungen hernach die beste Wirkung; so wie Bäume in einem Walde, eben dadurch, daß ein jeder dem andern Luft und Sonne zu benehmen sucht, einander nötigen, beides über sich zu suchen und dadurch einen schönen, geraden Wuchs bekommen; statt daß die, welche in Freiheit und von einander abgefordert ihre Kräfte nach Wohlgefallen breiten, krüppelig, schief und krumm wachsen. (Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht.)

### Keine Engel notwendig.

Das Problem der Staatsrichtung ist, so hart wie es auch klingt, selbst für ein Volk von Teufeln (wenn sie nur Verstand haben) auflösbar. . . . Denn es ist nicht die moralische Besserung der Menschen, sondern nur der Mechanismus der Natur, von dem die Aufgabe zu wissen verlangt, wie man ihn an Menschen benutzen könne, um den Widerstreit ihrer unruhigen Bestimmungen in einem Volk so zu richten, daß sie sich unter Zwangsgesetze zu begeben einander selbst nötigen, und so den Friedenszustand, in welchem Gesetze Kraft haben, herbeiführen müssen. (Zum ewigen Frieden.)

### Wie die Menschen sind.

Man muß, sagen sie (die vermeintlich-klugen Staatsmänner), die Menschen nehmen, wie sie sind, nicht wie der Welt unruhige Bedanten oder gutmütige Phantasten träumen, daß sie sein sollten. Das wie sie sind aber sollte heißen: wozu wir sie durch ungerechten Zwang, durch verräterische, der Regierung an die Hand gegebene Anschläge gemacht haben. (Streit der Fakultäten.)

### Achtung vor Menschenem.

Fontenelle sagt: vor einem Vornehmen bücke ich mich, aber mein Geist bückt sich nicht. Ich kann hinzusehen: vor einem niedrigen, bürgerlich-gemeinen Mann, an dem ich eine Rechtshaffenheit des Charakters in einem gewissen Maße, als ich mir von mir selbst nicht bewußt bin, wahrnehme, bückt sich mein Geist, ich mag wollen oder nicht, und den Kopf noch so hoch tragen, um ihn meinen Vortritt nicht übersehen zu lassen. (Kritik der prakt. Vernunft.)

### Entwicklung in der Geschichte.

Was man sich auch in metaphysischer Absicht für einen Begriff von der Freiheit des Willens machen mag, so sind doch die Erscheinungen derselben, die menschlichen Handlungen, ebensowohl als jede andre Naturbegebenheit nach allgemeinen Naturgesetzen bestimmt. Die Geschichte, welche sich mit der Erzählung dieser Erscheinungen beschäftigt, so tief auch deren Ursachen verborgen sein mögen, läßt dennoch von sich hoffen, daß, wenn sie das Spiel der Freiheit des menschlichen Willens im Großen betrachtet, sie einen regelmäßigen Gang derselben entdecken könne; und daß auch die Art, was an einzelnen Subjekten verwickelt und regellos in die Augen fällt, an der ganzen Gattung doch als eine stetig fortgehende, obgleich langsame Entwicklung der ursprünglichen Anlagen derselben werde erkannt werden können. (Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, 1784.)

### Die französische Revolution.

Die Revolution eines geistreichen Volkes, die wir in unsren Tagen haben vor sich sehen, mag gelingen oder scheitern; sie mag mit Elend und Greuelthaten dermaßen angefüllt sein, daß ein wohlbedenkender Mensch sie, wenn er sie, zum zweitenmal unternimmt, glückselig auszuführen hoffen könnte, doch das Experiment auf solche Kosten zu machen nie beschließen würde, — diese Revolution, sage ich, findet doch in Gemüthern aller Zuschauer (die nicht selbst in diesem Spiele mit verwickelt sind) eine Teilnahme dem Wunsche nach, die nahe an Enthusiasmus grenzt, und deren Verheerung selbst mit Gefahr verbunden war, die also keine andre als eine moralische Anlage im Menschengeschlecht zur Ursache haben kann.

Glaubens hat er dann in seiner „Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“ eine berühmt gewordene Umdeutung der historisch-kritischen Lehre versucht.

So weit die in Kants praktischer Philosophie verfolgten Gedankengänge, das formalistisch-metaphysische Grundprinzip seiner Ethik und der metaphysische Ueberbau, unsrer heutigen Denkart entseht liegen, der tiefe sittliche Ernst und die gewaltige Denkraft, die sich in ihnen offenbart, zwingt immer zur Bewunderung. Die Geschichte der Philosophie, besonders im Aufklärungs-Zeitalter, ist voller Versuche, Bedürfnissen des Glaubens, wie sie sich im Rahmen und auf der Basis des Christentums entwickelt haben, eine von der bloßen Ueberlieferung unabhängige Rechtfertigung zu geben, einen gewissen allgemeinen Glaubensinhalt als unablässig in der menschlichen Natur begründet nachzuweisen. Aber keiner der Versuche kann sich an Energie und Konsequenz dem kantischen vergleichen; auch in dieser Entwicklungsreihe, die, wenn gleich notwendig stets zur Unfruchtbarkeit verdammt, doch immer Interesse hat, repräsentiert sein Werk den höchstentwickelten Typus. Die Wirkung von Kants Ethik auf das Denken seiner Zeitgenossen war nicht geringer als die seiner „Kritik der reinen Vernunft“.

Aber darum wäre der Ruf „zurück zu Kant“, wenn er ein „zurück zur kantischen Moralphilosophie“ bedeuten soll, nicht weniger abzulehnen. Und es nützt auch nichts, daß die, die ihn innerhalb der Sozialdemokratie oder speziell im Hinblick auf sie erhoben haben, erklären, daß sie damit keine Erneuerung der kantischen Moralphilosophie, sondern nur eine Wiederanknüpfung an das von ihm aufgestellte Moralphinzip des „kategorischen Imperativs“, des „Gesetzes der Gesetzmäßigkeit“ beabsichtigen wollen. Denn das spezifisch Kantische in diesem Moralphinzip, das, wodurch es sich von einer naturalistischen Moralphilosophie unterscheidet, ist selbst schon ein metaphysischer Gedanke, — ist die Auffassung, daß es ein von jeder Beziehung auf irgend welche Art gesellschaftlicher Zweckmäßigkeit abgelöstes reines Vernunftgesetz des Handelns gebe. Nicht der Grundlage nach also, sondern nur so weit sie, abtrennbar von ihrer Grundlage, in der Richtung eines allgemeinen humanitären Idealismus sich bewegt, hat die Kantische Moral- und die mit ihr zusammenhängende Rechtsphilosophie etwa gewisse Berührungspunkte mit dem sozialistisch-humanitären Denken. Wenn Kant zum Beispiel eine solche Regelung des gesellschaftlichen Lebens verlangt, daß die Freiheit eines jeden mit der aller andren nach einem allgemeinen Gesetze zusammen bestehen könne, wenn er die staatliche Gesetzgebung nach dem Ideal eines Gesellschaftsvertrages, dem jedermann vernünftigerweise zustimmen müsse, vollzogen wissen will, so sind das Forderungen, die vielmehr von Kant im Sinne seines Zeitalters, also mit beschränkter bürgerlicher Tendenz ausgesprochen, nunmehr ebensowohl aus dem Sozialismus (wenn dieser moralisieren will) aufgenommen und polemisch gegen die bürgerlich-kapitalistische Ausbeutungswirtschaft gewendet werden können. Verheute die bürgerliche Gesellschaft auf keinen sichereren Fundamenten als auf den Rechtslehren, die an ihrer Wiege standen, so hätte sie an den weiterentwickelten Konsequenzen eben jener Lehren, die ihr Recht beweisen sollten, längst zu Grunde gehen müssen!

So bestrebend ideologisch die Kantische Moral- und Rechts-

Diese moralische einfließende Ursache ist zweifach; erstens, um des Rechtes, daß ein Volk von andren Mächten nicht gebindert werden müsse, sich eine bürgerliche Verfassung zu geben, wie sie ihm selbst gut zu sein dünkt; zweitens die des Zweckes (der zugleich Pflicht ist), daß diejenige Verfassung eines Volkes allein an sich rechtlich und moralisch gut sei, welche ihrer Natur nach so beschaffen ist, den Angriffskrieg nach Grundsätzen zu meiden, welche keine andre als die republikanische Verfassung, wenigstens der Idee nach, sein kann. . . .

Kant behauptet, daß dem Menschengeschlecht, nach den Aspekten und Vorgehens unter Tage . . . das von da an nicht mehr gänzlich rückgängig werdende Fortschreiten desselben zum Besseren, auch ohne Sehergeist, vorherzusagen zu können. Denn ein solches Phänomen in der Menschengeschichte verzieht sich nicht mehr, weil es eine Anlage und ein Vermögen in der menschlichen Natur zum Besseren aufgedeckt hat, dergleichen kein Politiker aus dem bisherigen Laufe der Dinge herausgeklügelt hätte. . . .

Aber, wenn der bei dieser Begebenheit beabsichtigte Zweck auch jetzt nicht mehr erreicht würde, wenn die Revolution oder Reform, der Verfassung eines Volkes gegen das Ende doch schlagliche, oder, nachdem diese einige Zeit gewährt hätte, doch wiederum alles ins vorige Geleis zurückgebracht würde (wie Politiker jetzt wahr-sagen), so verliert jene philosophische Vorherhersagung doch nichts von ihrer Kraft. — Denn jede Begebenheit ist zu groß, zu sehr mit dem Interesse der Menschheit verwebt, und, ihrem Einflusse nach, auf der Welt, in allen ihren Theilen zu ausgebreitet, als daß sie nicht den Völkern bei irgend einer Veranlassung günstiger Umstände, in Erinnerung gebracht und zur Wiederholung neuer Versuche dieser Art erweckt werden sollte; da dann, bei einer für das Menschengeschlecht so wichtigen Angelegenheit, endlich doch zu irgend einer Zeit die beabsichtigte Verfassung diejenige Festigkeit erreichen muß, welche die Bekehrung durch öftere Erfahrung in den Gemüthern Aller zu bewirken nicht ermangeln würde. (1798, Streit der Fakultäten.)

### Militarismus.

Man muß gestehen, daß die größten Uebel, welche gestittete Völker drücken, und vom Kriege, und zwar nicht so sehr von dem, der wirklich oder getwiefen ist, als von der nie nachlassenden und fogar unaufröhrlich vermehrten Zurüstung zum künftigen, zugezogen werden. Hierzu werden alle Kräfte des Staates, alle Früchte seiner Kultur, die zu einer noch größeren Kultur gebraucht werden können, verwendet; der Freiheit wird an so vielen Orten mächtiger Abbruch gethan, und die mütterliche Vorsorge des Staates für einzelne Glieder in eine unerbittliche Härte der Forderungen verwandelt. (Mutmaßlicher Anfang des Menschengeschlechts, 1786.)

### Siegesfeste.

Die Dankfeste während dem Kriege über einen erfochtenen Sieg, die Hymnen, die (auf gut israelitisch) dem Herrn der Herrscharen gesungen werden, stehen mit der moralischen Idee des Vaters der Menschen in nicht minder starkem Kontrast; weil sie außer der Gleichgültigkeit wegen der Art, wie Völker ihr gegenfeitiges Recht suchen (die traurig genug ist), noch eine Freude hineinbringen, recht viele Menschen, oder ihr Glück zernichtet zu haben. (Zum ewigen Frieden.)

### Krieg und Menschenfresserei.

Der Unterschied der europäischen Völkern von der amerikanischen besteht hauptsächlich darin, daß, da manche Stämme der letzteren von ihren Feinden gänzlich sind gefressen worden, die ersteren ihre Ueberwundenen besser zu benutzen wissen, als sie zu verpeiten und lieber die Zahl ihr Unterthanen, mithin auch die Menge der Werkzeuge zu noch ausgebreiteteren Kriegen durch sie zu vermehren wissen. (Zum ewigen Frieden.)

### Kolonialpolitik.

Amerika, die Kegerländer, die Gewürzinseln, das Kap etc. waren, bei ihrer Entdeckung, für sie (die handeltreibenden Staaten) Länder, die keinem angehörten; denn die Einwohner rechneten sie für nichts. In Ostindien (Sindostan) brachten sie, unter dem Vorwande bloß beabsichtigter Handelsniederlagen, fremde Kriegsvölker hinein, mit ihnen aber Unterdrückung der Eingeborenen, Aufwiegelung der verschiedenen Staaten desselben zu weit ausgebreiteten Kriegen, Hungersnot, Aufruhr, Treulosigkeit, und wie die Vitane aller Uebel, die das menschliche Geschlecht drücken, weiter lauten mag. (Zum ewigen Frieden.)

### Die Freiheit als Sittengesetz.

Wir können nichts erklären, als was wir auf Gesetze zurück-führen können, deren Gegenstand in irgend einer möglichen Erfahrung gegeben werden kann. Freiheit aber ist eine bloße Idee, deren objektive Realität auf keine Weise nach Naturgesetzen, mithin

philosophie uns annutet, so wunderbar realistisch bei allem Idealismus, so frei von jeder störenden metaphysischen Beimischung erscheint seine Auffassung historischer Entwicklung, wie er sie in dem kleinen Aufsatz: „Idee einer Philosophie der Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ formuliert hat. Will man den Fäden, durch welche der Denker mit dem im Sozialismus wirkenden Gedankenkreise näher verbunden sein mag, nachspüren, wird man sich vor allem an diese meisterliche, eine Fülle neuer Horizonte erschließende Abhandlung zu halten haben. Indem Kant die Voraussetzungen, von denen aus eine Betrachtung des geschichtlichen Ablaufs als Entwicklung möglich sei, erörtert, gelangt er zu einem Standpunkt, der viel fruchtbarer als die Hegelsche Entwicklungs- und Geschichtsphilosophie einer materialistischen Geschichtsauffassung vorarbeitet. Wenn wir von einer „Entwicklung“ in der Geschichte der Menschheit sollen sprechen dürfen und damit etwas anders als eine Kette gleichgültiger Veränderungen meinen, so kann als das Richtungsziel solcher Entwicklung nur ein gesellschaftlicher Zustand und ein Staaten-Verhältnis gedacht werden, in dem die Möglichkeit für die freieste Entfaltung aller menschlichen Naturanlagen gegeben ist, — sagt Kant. Die geschichtliche Bewegung aber innerhalb der einzelnen Gesellschaften, wie im Verhältnis der Staaten zu einander, stellt sich wesentlich dar als ein Spiel egoistischer, um jenes Endziel völlig unbekümmerter Einzelinteressen. Eine Philosophie der Geschichte würde also, schließt er, in dem unübersehbaren Gedränge der historischen Thatfachen danach zu forschen zu haben, wie in diesem Kampfe der Interessen und durch denselben sozusagen mit mechanischer Notwendigkeit gesellschaftliche und staatliche Umwälzungen erzeugt werden, durch die die Menschheit unbewußt und ungewollt auf jener Bahn des Fortschritts fortgetrieben wird. Eine derartige Betrachtungsweise, weil immer den Gedanken des Ziels voraussetzend, ist „teleologisch“, indessen nicht in anderer Art, als es auch (wie Kants „Kritik der Urteilskraft“ nachweist) die naturwissenschaftliche Erklärung der Organismen ist. Der Zweckgedanke ergibt den Leitfaden für die den wirklichen kausalen Zusammenhang zergliedernde Untersuchung. — Was aber ist im Grunde die materialistische Geschichtsauffassung? anders als eine im Geiste der hier erst abstrakt formulierten Methode verfahrenende Betrachtungsweise der ökonomischen Bewegung, wobei das ökonomische zugleich als das auf alle andern Sphären rückwirkende und sie im weiten Umfange bestimmende Moment gedacht wird. Das egoistische Interesse betrachtet die materialistische Geschichtsauffassung vornehmlich in der Form des kollektiven oder Klasseninteresses, und als die Ordnung, in der das Ziel der freiesten menschlichen Entfaltung aller Anlagen verwirklicht werden kann, gilt ihr die sozialistische Gesellschaft. Die organische Vereinigung von Idealismus (im Hinblick auf das Ziel) und Realismus (in der Betrachtung der geschichtlichen Bewegung), die den modernen Sozialismus und seine Entwicklungsauffassung kennzeichnet, in der Idee, noch ohne allen ökonomischen Inhalt vorausgeschaut zu haben, ist eine der schönsten Ausprägungen Kants, eine derer, die lebendig fortwirken.

Conrad Schmidt

auch nicht in irgend einer möglichen Erfahrung dargehen werden kann. Sie gilt nur als notwendige Voraussetzung der Vernunft in einem Wesen, das sich eines Willens, d. i. eines . . . Vermögens (nämlich zum Handeln als Intelligenz, mithin nach Befehlen der Vernunft, unabhängig von Naturinstinkten zu bestimmen) bewußt zu sein glaubt. (Grundlegung zur Metaphysik der Sitten.)

**Pflicht!**

Pflicht! Du erhabener großer Name, der du nichts Liebliches, was Einschmeichelei bei sich führt, in dir fassst, sondern Unterwerfung verlangst, doch auch nichts Drohest, was natürliche Abneigung im Gemüte erregt und schreckt, um den Willen zu bewegen, sondern bloß ein Gesetz aufstelt, welches von selbst im Gemüte Eingang findet, und doch sich selbst wider Willen Verehrung (wenn gleich nicht immer Befolgung) erwirbt, vor dem alle Neigungen verstummen, wenn sie gleich in geheim ihm entgegenwirken, welches ist der deiner würdige Ursprung, und wo findet man die Wurzel deiner edlen Abkunft, welche alle Verwandtschaft mit Neigungen stolz ausschlägt, und von welcher Wurzel abzustammen, die unerschöpfliche Bedingung desjenigen Wertes ist, den sich die Menschen allein selbst geben können? (Kritik der praktischen Vernunft.)

**Naturgesetz und Freiheit.**

Zwei Dinge erfüllen das Gemüt mit immer neuer und zunehmender Bewunderung und Ehrfurcht, je öfter und anhaltender sich das Nachdenken damit beschäftigt: Der bestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir. Beide

darf ich nicht als in Dunkelheiten verhüllt, oder im Ueberschweblichen, außer meinem Gesichtskreise stehen und bloß vermuten; ich sehe sie vor mir und verknüpfe sie unmittelbar mit dem Bewußtsein meiner Existenz. Das erste fängt von dem Platte an, den ich in der äußeren Sinnenwelt einnehme, und erweitert die Verknüpfung, darin ich stehe, ins Unabsehlich-Große mit Welten über Welten und Systemen von Systemen, außerdem noch in grenzenlosen Zeiten ihrer periodischen Bewegung, deren Anfang und Fortdauer. Das zweite fängt von meinem unsichtbaren Selbst, meiner Persönlichkeit an, und stellt mich in einer Welt dar, die wahre Unendlichkeit hat, aber nur dem Verstande spürbar ist, und mit welcher (dadurch aber auch zugleich mit allen jenen sichtbaren Welten) ich mich nicht wie dort in bloß zufälliger, sondern allgemeiner und notwendiger Verknüpfung erkenne. Der erste Anblick einer zahllosen Weltmenge vernichtet gleichsam meine Wichtigkeit, als eines tierischen Geschöpfes, das die Materie, daraus es ward, dem Planeten, (einem bloßen Punkt im Weltall), wieder zurückgeben muß, nachdem es eine kurze Zeit (man weiß nicht wie) mit Lebenskraft versehen gewesen. Der zweite erhebt dagegen meinen Wert, als einer Intelligenz, unendlich, durch meine Persönlichkeit, in welcher das moralische Gesetz mir ein von der Freiheit und selbst von der ganzen Sinnenwelt unabhängiges Leben offenbart, wenigstens so viel sich aus der zweckmäßigen Bestimmung meines Daseins durch dieses Gesetz, welche nicht auf Bedingungen und Grenzen dieses Lebens eingeschränkt ist, sondern ins Unendliche geht, abnehmen läßt.

**Entwicklung der Natur.**

Die Uebereinkunft so vieler Tiergattungen in einem gemeinsamen Schema, das nicht allein in ihrem Knochenbau, sondern auch in der Anordnung der übrigen Teile zu Grunde zu liegen scheint, wo bewunderungswürdige Einfall des Grundrisses durch Verkürzung einer und Verlängerung anderer, durch Einwickelung dieser und Auswickelung jener Teile eine so große Mannigfaltigkeit von Species hat hervorbringen können, läßt einen, obgleich schwachen Strahl der Hoffnung in das Gemüt fallen, daß hier wohl etwas mit dem Princip des Mechanismus der Natur, ohne das es o hne dem keine Naturwissenschaft geben kann, anzudeuten sein möchte. Diese Analogie der Formen, sofern sie bei aller Verschiedenheit einem gemeinschaftlichen Urbilde gemäß erzeugt zu sein scheinen, verstärkt die Vermutung einer wirklichen Verwandtschaft derselben in der Erzeugung von einer gemeinschaftlichen Urmutter, durch die stufenartige Annäherung einer Tiergattung zur andren, von derjenigen an, in welcher das Princip der Zweck am meisten betohrt zu sein scheint, nämlich dem Menschen, bis zum Polyp, von diesem sogar bis zu Moosen und Flechten, und endlich zu der niedrigsten und merkwürdigsten Stufe der Natur, zur rohen Materie; aus welcher und ihren Kräften nach mechanischen Gesetzen — gleich denen, danach sie in Kristallergänzungen wirkt — die ganze Technik der Natur, die uns in organisierten Wesen so unbegreiflich ist, daß wir uns dazu ein andres Princip zu denken nötig glauben, abzustammen scheint. (Kritik der Urteilskraft.)

**Soziales.**

**Ärzte und Krankenkassen.**

Man schreibt uns aus Köln: Der zwischen dem Regierungspräsidenten von Köln und den Bevollmächtigten des Kölner Ärztevereins abgeschlossene Vertrag enthält u. a. folgende Bestimmungen:

§ 1. Da die vertragsschließenden Ärzte sich zur Behandlung der Krankenkassenmitglieder nur unter der Bedingung bereit erklärt haben, daß die von den Krankenkassen mit auswärtigen Ärzten abgeschlossenen Verträge gelöst werden, auf andre Weise der Notstand daher nicht gehoben werden kann (?), so verzichtet der Regierungspräsident auf die Dienstleistungen derjenigen Ärzte, mit denen seitens der obigen Kassen in der Zeit vom 1. Oktober 1903 bis 31. Januar 1904 Dienstverträge abgeschlossen worden sind. Dieselben werden aus den mit den Krankenkassen geschlossenen Verträgen entlassen, unbeschadet der ihnen aus diesen zustehenden Ansprüche.

§ 2. Die den vorliegenden Vertrag schließenden Ärzte verpflichten sich, vorgenannte Ansprüche zu erfüllen, dagegen treten sie in alle Rechte und Pflichten ein, welche den Krankenkassen aus den aufgelösten Verträgen erwachsen. Auf alle Fälle sind die Krankenkassen bezw. der Regierungspräsident nur berechtigt, von den entlassenen Ärzten erhobene Ansprüche anzuerkennen, wenn die Eingangs des Vertrages genannten drei Bevollmächtigten (der Ärzte) ihre Zustimmung erteilt haben. Dem Regierungspräsidenten bleibt es vorbehalten, die Ersatzpflicht für die Krankenkassen in den Fällen zu übernehmen, in denen die Vorstände dieselben bei dem Abschluß der jetzt aufgelösten Verträge nicht die ihnen nach § 42 des Krankenversicherungs-Gesetzes obliegende Sorgfalt geleistet haben; das billige Ermessen des Regierungspräsidenten soll entscheidend sein. . . .

§ 8. . . . Dem Regierungspräsidenten bleibt es vorbehalten, das finanzielle Ergebnis der verpflichteten Krankenkassen zu prüfen und falls es sich infolge des neu eingeführten Systems als für die Krankenkassen ungünstig erweist, die vereinbarten Honorarfätze (5 M. pro Jahr für das Kassenmitglied ohne Familienangehörige, 15 M. für Mitglieder mit Familie) vom 1. April 1905 an bei den einzelnen Kassen nach billigem Ermessen und nach Anhörung des im § 13 vorgesehenen Schiedsgerichts (drei Ärzte und drei Kassenmitglieder. Der Vertrag dauert fünf Jahre) herabzusetzen.

Dieser § 8 ist absolut wertlos. Der Regierungspräsident muß thun, was der Ärzteverein will. Der Verein braucht ja nur den im § 1 genannten Notstand wieder herbeizuführen, und die Lage ist genau wie jetzt, wo der Regierungspräsident die Kassen mit gebundenen Händen der Organisation der Ärzte ausgeliefert hat. Es ist entschieden unwahr, daß der „Notstand“, den der § 1 behauptet, nicht anders als durch Auslieferung der Kassen an den Verein der Verbandsärzte „gehoben“ werden konnte. Der Regierungspräsident brauchte nur durch öffentliche Ausschreibung Ärzte zu suchen und er hätte sie in Hülle bekommen. Die Aufsichtsbehörde ist auch durch den Krankenkassen-Verband auf diesen Weg hingewiesen worden; aber Bürgermeister Dr. Fuchs hat darauf erklärt: bei der Ueberfüllung von Köln mit Ärzten könne man den ansässigen Ärzten nicht noch mehr Konkurrenz auf den Hals holen; man sei doch auch als kommunale Behörde zu Rücksichten verpflichtet. Damit ist das Vorgehen der Behörde klar gekennzeichnet: das Interesse der 200 beziehungsweise 300 Kölner Ärzte wiegt mehr als das Interesse der mehr als 100 000 Versicherten. Auf fünf Jahre ist das Selbstverwaltungsdreht der Kassen, das einzige Recht, das die gepriesene sociale Versicherung den Arbeitern giebt, vernichtet. Aber noch ist der Kampf nicht zu Ende. Die Kassenvorstände denken nicht daran, sich zu ergeben.

Die Kassenvorstände waren auf Mittwochabend von der Aufsichtsbekörde zu einer Besprechung wegen der Verträge eingeladen. Sie beschloßen einmütig, der Einladung nicht zu folgen.

Die Ärzte der Allgemeinen Orts-Krankenkasse in Magdeburg wollen nächsten Sonntag ihre Thätigkeit einstellen.

**Warnung vor unsoliden Krankenkassen.** Zu unserer gestrigen Mitteilung über die Deutsche Kranken-Versicherungskasse in Dresden schreibt uns heute ein hiesiges Mitglied dieser Kasse, daß es ihm ebenso geht wie dem Mitgliede in Hannover. Trotz zweimaliger Einforderung seines Krankengeldes wartet er noch immer vergeblich auf Antwort. Wie können nur allen Mitgliedern solcher Kassen zu schleunigem Austritt raten, um sich vor größerem Schaden zu bewahren.

**Verfußstäninchen.**

Bei der Beratung des städtischen Ausschusses zur Univeritätsklinik in Halle brachte der Stadtverordnete Genosse Thiele folgenden Fall zur Sprache:

Ein hiesiges Schulmädchen ist im vorigen Sommer in die hiesige Klinik gebracht worden und daselbst lange Monate geblieben. Bei einem ihrer regelmäßigen Besuche bemerkte die Mutter des Kindes im November, daß das Kind von Zeit zu Zeit unter den Verband griff, der um den Leib gelegt war und etwas wegwarf. Die Mutter fand, daß das große, weiche, lebendige Maden waren und daß die Wunde von solchen Maden wimmelte. Die Mutter beschwerte sich bei der Schwester, dem Arzte und dem Professor Stramant. Letzterer wies ihre Behauptung zunächst als unwahr zurück und drohte ihr dann mit einer eventuellen Anklage. Das ist ein ganz unerhörter Fall. Stadtrat Witter ist von dem Falle unterrichtet und es muß Auskunft gefordert werden über den Verlauf des Falles. Es ist dies nicht die einzige Beschwerde, die über die Behandlung in der Klinik erhoben worden ist. Wenn die Stadt so bedeutende Summen zahlt, muß auch den Armen sorgfältige Pflege zu teil werden, sonst ist es erklärlich, wenn die Arbeiter sich nur ungern an die Klinik wenden.

Stadtrat Witter: Die Mutter ist bei mir gewesen und ich habe ihr Beiseid erteilt; sie ist dann aber nicht wiedergekommen. Wenn mir Beschwerden zugehen, so untersuche ich dieselben stets. Man muß berücksichtigen, daß die Klinik auch Studiengzwecken dient. (Stadtv. Thiele: Ach so! Verfußstäninchen!)

Die Studiengzwecke können doch unmöglich die Vermutung einer Wunde am menschlichen Körper rechtfertigen.

**Eine Landarbeiter-Konferenz**, bestehend aus dem nationalen Komitee und den Mitgliedern der verschiedenen Provinzialkomitees von Ober-Italien, findet zur Zeit in Mailand statt. Unter andern wurde das Problem der Arbeitslosigkeit verhandelt und einer Resolution zugestimmt, in welcher verlangt wird, daß die staatlichen und kommunalen Behörden zur Beseitigung beziehentlich Einschränkung der Arbeitslosigkeit verpflichtet sein sollen, öffentliche Arbeiten in Angriff zu nehmen, bei denen die Arbeiter ein gerechter Lohn zu zahlen ist. Ferner wird eine gesetzliche Regelung der Agrarverhältnisse dahingehend gefordert, die den kleinen Pächtern und Hinterlassenen die Möglichkeit giebt, soviel Land zu erhalten, als den Arbeitskräften ihrer Familie entspricht. Schließlich wird ein Agrargesetz verlangt, welches bei Strafe der Expropriation zu Gunsten landwirtschaftlicher Genossenschaften die Vergabe von brachliegenden Ländereien obligatorisch macht.

**Gegen das Zwangs-Schiedsgericht in Neu-Südwest** hat sich, wie berichtet wird, ein starker Bergarbeiter-Verband (Newcastle coalminers federation) aufgelegt. Der Verband hatte den Gerichtshof um eine anderweitige Festsetzung des Gewerlohnes gebeten. Nach eingehender Prüfung der Geschäftsbücher der Unternehmer hatte das Gericht die Herabsetzung der Löhne angeordnet. Anstatt sich diesem Bescheide, wie das Gesetz befiehlt, zu fügen, sind die Bergleute in den Ausstand getreten. Daraus ist Geldstrafe und Gefängnis gesetzt. Aber der Gewerbeverein hat keine Mittel und der Staat nicht Gefängnisse genug, um alle Bergleute einzusperren. Man betrachtet das Ereignis als einen schweren Schlag für das System zwangsweiser Schiedsgerichte, wie es in verschiedenen Formen in Neu-See-land, Victoria und Neu-Südwest besteht.

**Aus Industrie und Handel.**

**Zur Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.** Infolge der Abnahme der Roheisenproduktion ist in den letzten Wochen der Kohlen- und Coalsabzug im rheinischen Industriegebiet merklich zurückgegangen. Das Geschäft in Hochofen-Coals geht, wie die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet, lange nicht mehr so flott wie im Dezember, nur Gießerei-Coals findet noch relativ guten Absatz. Die Coalsvorräte auf den Eisenwerken vermehren sich erheblich. Auch nach halbfetten und Gaslofen nimmt die Nachfrage ab, ebenso nach Hausbrand-Kohlen. Es sei zu befürchten, daß sich die Lage des Kohlenmarktes bald noch mehr verschlechtern und sich die Notwendigkeit größerer Förderereinsparungen einstellen werde.

Dies in verkürzter Fassung der Bericht der „Köln. Volksztg.“, deren Beforgnisse nicht unberechtigt sind. Die Beschäftigung der rheinischen Kohlengruben und Hochofenwerke hat tatsächlich seit einigen Wochen mehr und mehr abgenommen. Die Nachfrage nach Eisen auf dem Inlandsmarkte ist zwar in Anbetracht der Jahreszeit ein recht günstiger, aber die Export-Aufträge schrumpfen beträchtlich zusammen: in der Hauptfache eine Folge der amerikanischen Krise und der durch sie herbeigeführten Verringerung der Aufnahmefähigkeit des englischen Eisenmarktes.

**Petroleum-Bohrungen in Wiede.** Wie dem „Hannoverschen Courier“ aus Wiede berichtet wird, ist dort ein bedeutender Erfolg erzielt worden, indem Herr Bergingenieur Dzial aus Hannover in der Nähe des Bahnhofs Wiede an der Feldmarksgrenze von Wiede, aber auf Steinförder Gebiet gelegenen Bohrloch in einer Tiefe von ca. 160 Meter ein Dellager erbohrt hat, dessen Ergiebigkeit man auf 50—100 Tausend täglich zu schätzen glaubt. Dieser Fund ist für die Erdölindustrie von Wiede von großer Wichtigkeit und bedeutet in ihrer Entwicklung eine Epoche. Denn es ist damit der Beweis geliefert worden, daß das Dellager von Wiede, dessen Centrum zwischen der Dornbofeler Chaussee und Klein-Wiede liegt, sich um weitere 1000 Meter nach Osten zu erstreckt. In Kürze wird nun auch dieser Teil der Feldmark mit Bohrflürren besetzt sein. Zwar war es für Herrn Dzial ein Wagnis, an dieser Stelle, wo kein Anhalt für einen Fund vorhanden war, zu bohren, um so größer ist daher auch der Erfolg, der von allen Seiten mit Freuden begrüßt wird. Auch für das nahe liegende Steinförde ist dieser Aufschluß von weittragender Bedeutung.

**Gegen die Konsumvereine** macht in seiner letzten Nummer der „Konfessionär“ Front. Solange die Konsumvereine sich fast ausschließlich darauf beschränken, Kolonialwaren- und Lebensmittel-Verkaufsstellen einzurichten, hatten die Detaillisten der Manufaktur- und Konfektionsbranche wenig gegen die Konsumvereine einzumenden; nachdem letztere aber jetzt auch die Artikel dieses Gebietes mit in den Kreis ihrer Verkaufsgegenstände einbezogen, wird anscheinend den Detaillisten schmäler zu Mute und nach bekanntem Rezept schreien sie nun Hilfe. „Es sind uns bereits“, schreibt das Blatt, „aus verschiedenen Teilen Deutschlands mit lauffähiger Kundschaft Mitteilungen und Klagen darüber zugegangen, daß die Konsumvereine jetzt auch in vielen Fällen auf die Manufakturwarenbranche und andre Branchen der Textilindustrie hinübergreifen beginnen. Darin liegt eine sehr schwere und ernste Gefahr für diese Branchen, die in ihren Ursprüngen energisch bekämpft werden muß. Es ist unlegbar, daß die Konsumvereine für die Detaillisten weit schädlicher und gefährlicher sind, als die Warenhäuser. Man bedenke nur, daß der Konsumverein systematisch ganze Massen der Bevölkerung für die Waren, die er führt, den Detaillisten völlig entfremdet und so sich hinüberzieht. Die Mitglieder des Konsumvereins sind für die Detaillisten vollständig verloren und doch nur in den seltensten Fällen wieder zurück zu erobern. Während neben den Warenhäusern die gutgeleiteten, modernen Spezialgeschäfte blühen und gedeihen, bedeutet die Uebermacht des Konsumvereins für sie Sackgasse und Untergang. Der gesamte Detaillistenstand hat das vitalste Interesse daran, die weitere Entwicklung des Konsumvereinswesens mit allen Mitteln zu hemmen.“

Allerdings für ein einfaches Verbot der Konsumvereine mag der „Konfessionär“ noch nicht einzutreten; er fürchtet, daß auf solches Verbot ein weiteres Abbröckeln der Gewerbevereine folgen könnte. Er empfiehlt „Selbsthilfe“. Die Konsumvereine müßten in der Gunst des Publikums erschüttert werden, und ferner sollen die Detaillisten Vereinigungen zum gemeinsamen Einkauf gründen. Als das Wichtigste aber erscheint ihm der Druck auf die Fabrikanten und Großhändler. „Wer für Konsumvereine liefert“, erklärt das Blatt, „der ist kein geeigneter Lieferant für Detaillisten. Es ist nur Selbsterhaltungstrieb der Detaillisten, wenn sie solche Lieferanten von ihren Listen streichen. Großhändler aber scheuen sich ins eigene Fleisch, wenn sie Konsumvereinen Waren liefern und zu ihrer Stärkung beitragen. Gerade die Großhändler auszusuchen, ist ein Hauptbestreben der Konsumvereine, und sie laufen bei diesen nur, solange sie unbedingt müssen. Fühlen sie sich stark genug, so sind die Großhändler die ersten, die ihre Macht fühlen müssen, — sie „fliegen“. Es ist aber eine offensbare Unklugheit von Großhändlern, Konsumvereine durch Warenlieferungen zum Nachteil ihrer Hauptkunden, der Detaillisten, zu unterstützen. Hier müssen also die Detaillisten zuerst den Hebel ansetzen.“

Es ist immer dieselbe Melodie. Suchen Arbeiter auf Kosten des von ihnen erarbeiteten Mehrwertes ihre Löhne zu erhöhen oder Lohnverfälschungen abzuwehren, dann sind sie überanspruchsvoll und verstoßen sich nicht in natürliche Ordnung der besten aller Welten zu fügen, suchen aber die Händler mit allen Mitteln, selbst dem der Trostung und Berührung, ihre hohen Profite aufrecht zu erhalten, so ist das nicht als eine berechnete Vethätigung ihres Selbsterhaltungstriebes.

**Hamburgrer Straßenbahn-Gesellschaft.** In der gestrigen Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 1/2 Prozent vorzuschlagen.

**Vom amerikanischen Eisenmarkt.** Immer wieder tauchen in der deutschen Presse aus amerikanischen Quellen kommende Nachrichten auf, nach welchen der tiefste Punkt der amerikanischen Eisenteufe überschritten sein soll und sich bereits die ersten Ansätze zu einem neuen Aufschwung der Eisen- und Stahlindustrie bemerkbar machen. Hinterher stellen sich dann diese Meldungen entweder als Vorleserwörter oder als völlig unberechtigte Schlüsse aus kleinen lokalen, für die Gesamtlage ziemlich nebensächlichen Marktveränderungen heraus. So hieß es auch vor einigen Wochen, der Januar und Februar würden weit höhere Produktionsziffern für Roheisen liefern, da seit Mitte Januar eine ganze Reihe außer Betrieb gesetzter Hochofen wieder angeblasen worden sei. Demgegenüber konstatiert nach telegraphischer Meldung der letzte Wochenbericht des „Iron Age“, daß, wenn in einzelnen Fällen Hochofen angeblasen worden sind, dafür an andren Stellen noch mehr gelöscht werden mußten. Allein der Stahlstrich habe sich zum Ausblasen von 30 Hochofen gezwungen gesehen, so daß die Herstellung von Anthracit-Roheisen die Lage unbefriedigender geworden, da es an neuen Aufträgen fehle.

**Der Kursfall der russischen Rentenpapiere** paßt natürlich dem russischen Finanzministerium recht wenig in seine Berechnungen. Eine amtliche Mitteilung des Finanzministeriums warnt deshalb, wie aus Petersburg gemeldet wird, vor unbedachten Verkäufen von Wertpapieren, die nur der Spekulation Nutzen brächten, und ermahnt das Publikum zu einem ruhigeren und bewußteren Verhalten gegenüber den Ereignissen im fernem Osten, welche wohl zeitweilige Schwierigkeiten zu schaffen, nicht aber die wirtschaftliche Kraft Rußlands zu erschüttern vermöchten. Das Sinken der Kurse bei Beginn einer kriegerischen Aktion sei eine ganz gewöhnliche Erscheinung. Sie sei auch beim Beginn des russisch-türkischen Krieges im April 1877 wahrgenommen worden, doch hätten die Kurse schon zwei Wochen nach Ausbruch des Krieges die am Jahresbeginn behauptete Höhe wieder erreicht. Eine ähnliche Erscheinung wiederhole sich jetzt.

**Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Rixdorf-Bez.** Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 2 Uhr: Versammlung in der Vereinsbrauerei, Hermannstraße.

**Berliner Tanzlehrer-Verband.** Heute 9 Uhr, Alle Jakobstr. 75: Übungsstunde.

**Marktpreise von Berlin am 10. Februar 1904**  
nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidenten.

|                     |       |       |                         |          |            |
|---------------------|-------|-------|-------------------------|----------|------------|
| *Weizen, gut D.-Gr. | 16,60 | 16,56 | Wartofeln, neue D.-Gr.  | 7,00     | 5,00       |
| mittel              | 16,52 | 16,48 | Rindfleisch, Keule 1 kg | 1,80     | 1,20       |
| gering              | 16,44 | 16,40 | do. Rauh                | 1,40     | 1,10       |
| *Roggen, gut        | 12,90 | 12,89 | Schweinefleisch         | 1,60     | 1,00       |
| mittel              | 12,83 | 12,87 | Kalbsteck               | 1,80     | 1,20       |
| gering              | 12,86 | 12,85 | Lammfleisch             | 1,80     | 1,10       |
| †Gerste, gut        | 13,80 | 12,80 | Butter                  | 2,60     | 2,00       |
| mittel              | 12,70 | 11,80 | Eier                    | 60 Stck  | 5,00 3,00  |
| gering              | 11,70 | 10,80 | Karpfen                 | 1 kg     | 2,40 1,20  |
| †Hafer, gut         | 15,40 | 14,40 | Wale                    |          | 3,00 1,40  |
| mittel              | 14,30 | 13,30 | Janber                  |          | 3,00 1,20  |
| gering              | 13,20 | 12,30 | Rechte                  |          | 2,40 1,20  |
| Richtstroh          | 4,00  | 3,50  | Parische                |          | 1,80 0,80  |
| Neu                 | 7,00  | 4,80  | Schleie                 |          | 3,00 1,40  |
| Orben               | 46,00 | 28,00 | Wiede                   |          | 1,40 0,80  |
| Speisebohnen        | 50,00 | 26,00 | Arche                   | per Scho | 15,00 3,00 |
| Linien              | 60,00 | 20,00 |                         |          |            |

\* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

**Witterungsübersicht vom 11. Februar 1904, morgens 8 Uhr.**

| Stationen     | Barometer-stand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter  | Temp. in C. u. F. | Stationen  | Barometer-stand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter    | Temp. in C. u. F. |
|---------------|--------------------|--------------|------------|---------|-------------------|------------|--------------------|--------------|------------|-----------|-------------------|
| Emmerke       | 735                | S            | 3          | wolfig  | 2                 | Haparanda  | 751                | SW           | —          | bedeckt   | -18               |
| Hamburg       | 734                | SW           | 3          | Regen   | 4                 | Petersburg | 750                | D            | —          | 1 Schne   | -16               |
| Berlin        | 736                | SW           | 2          | bedeckt | 3                 | Loft       | 739                | SW           | —          | 3 halb b. | 3                 |
| Frankf. a. M. | 740                | SW           | 4          | bedeckt | 9                 | Überdeen   | —                  | —            | —          | —         | —                 |
| München       | 745                | SW           | 6          | Regen   | 7                 | Paris      | 744                | SW           | 5          | heiter    | 9                 |
| Wien          | 746                | SW           | 1          | wolfig  | 5                 |            |                    |              |            |           |                   |

**Wetter-Prognose für Freitag, den 12. Februar 1904.**  
Vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.  
Berliner Wetterbureau.

# Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

**Freitag, 12. Februar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Neues Königl. Opern-Theater.**  
Gedächtnis.  
**Schauspielhaus.** Die Journalisten.  
Deutsches. Rose Bernd.  
**Berliner.** Maria Theresia.  
Festung. Rabenstreich.  
Wesken. Die schöne Helena.  
**Neues.** Schwester Beatrice. Der Schlichter.  
**Residenz.** Der teuflische Gastm. Vorher: Die Empfehlung.  
**Central.** Das Schwalbennest.  
**Belle Alliance.** Götterweiber.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) König Lear.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstadt.) Die Kinder der Exzellenz.  
**Luisen.** Der Trompeter von Säckingen.  
**Thalia.** Guido Thielscher als Hochtourist.  
**Aleines.** Nachtschl.  
**Trianon.** Madame X.  
**Carl Weich.** Der Alte kommt.  
**Metropol.** Durchlaucht Radieschen.  
**Deutsch-Amerikanisches.** Ueber'n großen Tisch.  
**Casino.** Wie einst im Mai. Badekuren.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Gedr. Herrfeld.** Nur eine Nacht.  
**Vasage-Theater.** To To, Fred Edlawi.  
**Apollo.** Specialitäten. Blütenhochzeit. Specialitäten.  
**Winter-Garten.** Cléo de Mérode. Specialitäten.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Der Erdball als Träger des Lebens. Hörsaal 8 Uhr: Dr. Nasse: „Das Bier.“  
**Invalidenstr. 57/62.** Sternwarte.  
Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

## Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Schwester Beatrix.**  
Vorher: Der Schwalbennest.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Minna von Barnhelm.

## Central-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Das Schwalbennest.**  
Operette in 3 Akten v. H. Debonneau.  
Musik von Henry Herblay.  
Sonnabendnachm. 4 Uhr: Halb Preis. Jeder Erwachsene ein Kind mit einem Extraplatz frei: Der gestiefelte Kater.

## Luisen-Theater.

Opern-Gastspiel des Theaters des Westens.  
**Der Trompeter von Säckingen**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend: Die verlegierten Studenten.  
Sonnabends: Die Witze aus Lomwood.  
Abends zum erstenmal: Minna von Barnhelm.  
Montag: Der Veltchensfresser.

## Residenz-Theater

Direktion S. Landenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Empfehlung.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der teuflische Gastm.**

## Deutsch-Amerikanisches Theater.

Heute: Köpenickerstr. 67.  
Zum Anfang 8 Uhr.  
Ende 10 Uhr 30 Min.  
GASTSPIEL  
**A. Philipp.**  
Ueberrassend grosses  
**TEICH.**  
Male;

## Trianon-Theater.

Georgenstr. zw. Friedrichs- und Universitätsstr.  
**Madame X.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabends: „Biscotte.“

## Casino-Theater.

Lothringenstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.  
Das brill. neue Februar-Programm.  
Dazu nur noch einige Tage:  
**Badekuren.** — Wie einst im Mai.  
Sonnabends: Hotel Klingebusch.

## Kleines Theater.

Unter den Linden 44.  
**Nachtasyl.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Elektra.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Wallner-Theater.)  
Freitagabend 8 Uhr:  
**König Lear.**  
Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Hedda Gabler.**  
Sonnabends: Der Compagnon.

**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelmstadt.)  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Die Kinder der Exzellenz.**  
Lustspiel in 4 Akten von C. v. Holzogen u. W. Schumann.  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Uriel Acosta.**  
Sonnabends: Der Bibliothekar.

## Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Anf. IV 440.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kren  
Heute und folgende Tage:  
**Der Hochtourist.**  
Guido Thielscher in der Titelrolle.  
Sonntag 8 1/2 Uhr: Charleys Tante.  
17. u. 19. Febr.: Isadora Duncan.

## Belle-Alliance-Theater.

Belle-Allianzstr. 7/8. Anf. VI 983.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kren  
Heute und folgende Tage:  
**Götterweiber.**  
Sonnabends: 3 Uhr: Gastspiel des kgl. Schauspielers Hrn. Jos. Nesper: Die bezähmte Wilderbenige.

## Cirkus Schumann.

Heute Freitag, den 12. Februar 1904, abends 7 1/2 Uhr:  
Nur kurzes Gastspiel.  
Einzig und allein dastehendes größtes Naturwunder der Jetztzeit.  
**Der Chimpanse gen. Consul.**  
Die größte Sehenswürdigkeit.  
**25 Löwen**  
wunderbar dressiert von Herrn Julius Seeth.  
**BABEL.** Grosse Ausstattungs-Pantomime.  
Eine Wanderung durch 8 Jahrtausende  
Gedrüder

## Urania.

Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
Der Erdball als Träger des Lebens.  
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Nasse:  
„Das Bier.“  
Invalidenstr. 57/62.  
Sternwarte.  
Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

## Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr.  
Die anerkannt erfolgreichste Noctität  
**Nur eine Nacht!**  
2 Akte aus einer Ehe.  
Komödie von A. und D. Herrnfeld  
mit den Bräutigamen  
Will Waldheim... Donat Herrnfeld.  
Tuschek... Anton Herrnfeld.  
Dambitsch... Ferd. Grünecker.  
Besetzung: Das neue Februar-Künstler-Programm.  
Lyrico-Quartett, Italienisches Opern-Ensemble, 5 Schweslers Longonells in ihren Orig.-Gesängen u. Längen.  
Marka Freya. — Hilda Stadthagen.  
**Bendix**  
als „Monna Vanna“.  
Sonnabend 11—12 Uhr.

## CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.  
**Ein Naturwunder:**  
Die bildschönen  
**Herkules-Brüder**  
Der Indianer-Riese  
Mianko Karoo.

## Metropol-Theater

**Durchlaucht Radieschen!**  
Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz.  
Anfang 8 Uhr.  
Ranchen überall gestattet.  
Sonnabend, den 13. Februar cr.:  
Zum 100. Male:  
**Durchlaucht Radieschen.**

## Apollo-Theater.

8 Uhr:  
**Frühlingsluft**  
mit dem  
Blütenhochzeit.  
9 1/2—11 Uhr:  
Das glänzende Februar-Programm.  
**Robert Steidl** mit neuem Repertoire.  
Joscarys, Akrobaten.  
Drei Zagas, Luftakt.  
Morris Cronin, Jongleur-Akt.  
Martin Kettner, Humorist.  
Legays, französische Tänzer.  
Messers Kosmograph. Neue Bilder.  
**??? Nordini ???**  
Sonnabends: 3 Uhr ermässigte Preise: Lysistrata.

## Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.  
**Ise Römer.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen nachmittags 4 Uhr: Kinder-vorstellung: Die wilden Schwäne.  
Abends 8 Uhr: Wohlthätigkeits-Vorstellung für den schwer erkrankten Sängers und Schauspieler Theodor Seh: Der Bettelstudent von Berlin.

## W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Hill.  
Brunnenstr. 16.  
**Kean**  
oder: Genie und Leidenschaft.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnabend: Keine Vorstellung.

## Reichshallen

**Stettiner Sänger**  
Zum Schluss neu:  
Die Berliner bei den Cerceros.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabends 7 Uhr.

## Passage-Theater.

Anfang Sonnt. 3. Wochentags 5 Uhr.  
Anfang 6. Abendvorstellung 8 Uhr.  
**Die neue Sensation Berlins:**  
der mysteriöse  
**To To,**  
Musiker.  
**Fred Edlawi,**  
d. beste Verwandlungskünstler,  
schneller als der Blitz.  
**Madge u. Nelly Perry,**  
die reizend. Amerikanerinnen.  
14 erstklassige Nummern.

## Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.  
Sonnabends: 5 Uhr:  
**Norddeutsche Sänger.**  
Nach der Vorstellung um 10 Uhr:  
**Grosser Ball.**  
Entree 30 Pf. Spererlich 50 Pf.  
Montag: Goethe-Ensemble. Theater-Vorstellung. — Freitags.

## Palast-Theater

Burgstr. 22, früher Feon-Palast.  
Heute abends 8 Uhr:  
**Grosse Extra-Elite-Vorstellung:**  
**Wilhelm Tell.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.  
Vollständig neue Ausstattung. Hervorragende Gastspiele. Halbe Kassenpreise.  
Morgen abends 8 Uhr:  
Nur noch einige Male:  
**Das Millionenmäd.**  
Vorher: Konzert und Auftreten der erkrankten Specialitäten.  
Sonnabends: Keine Vorstellung.  
Sonnabends 8 Uhr: Letzte Sonntag-Vorstellung von: Das Millionenmäd.

## Berliner Prater

Kastanien-Allee 7—9.  
Freitag, den 12. Februar cr.:  
**Bernhard Rose-Theater-Ensemble.**  
**Die Schule des Lebens.**  
Schauspiel in 5 Akten v. C. Raupach.  
Anfang 8 Uhr.  
Montag, den 15. Februar: Minna von Barnhelm.

## Gossmanns Fest-Säle,

SW., Kreuzbergstr. 48.  
Sonnabends:  
**Grosser Ball.**  
Montags u. Freitags:  
**Harburger Sänger.**  
Polimonntag und erster Osterfesttag coulant an Beirine zu vergeben. (17158)

**Berliner** 11 St. = 10 Mk. empfiehlt **J. Rosenberg, Kommandantenstr. 51.**

## Cirkus Busch.

Nur noch einige Male:  
**Die offene Schleife**  
8 Meter Sprung.  
Monsieur Satan aus Paris.  
Nur noch kurze Zeit!  
**Wunder-Dressur** des  
Hrn. Richard Sawade mit seinen  
**wilden Königstigern.**  
Quadrille aus der Zeit Friedrichs  
des Grossen, geritten in historischen  
Uniformen mit acht Schulpferden.  
Herr Burkhardt-Football auf  
Neapolitaner Soja.  
Zum Schluss zum 52. Male:  
**Aus den Alpen.**  
Bemerkenswert:  
Des Wilderers Schuld und Sühne.  
**Der Automobilsturz.**

## Steidl-Theater

Linien-Oranien-  
strasse 132 burger Thor.  
Niedererfolg!  
**Das teure Vaterhaus.**  
Dramoel von Fris Steidl.  
Vollständig neues Programm.

## WINTERGARTEN

„Pas de Deux“ getanzt von Sign.  
Fiorentini u. Sgr. Cerutti.  
Kaufmann-Truppe Weibl. Radfahrer.  
Sisters Moulter Rockturnerinnen.  
Brothers Damm Excentric Akrobaten.  
Paul Batty Drossierte Bären.  
O'Neil und Torp Excentrics.  
**Dora Keplinger** Sängerin vom k. k.  
priv. Theater a. d. Wien.  
**Costantino Bernardi**  
In einer Komödie mit 9 Personen  
v. Bernardi allein dargestellte.  
Georg Hartmann Zauberkünstler.  
Athleta & Brada Kraftproduktion.  
Tanzbilder mit  
**Cléo de Mérode.**  
Biograph.

## Sanssouci.

Stettiner Allee — Stat. der Hochbahn.  
Jeden Sonntag, Montag  
und Donnerstag;  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sänger**  
und Tanzkränzen.  
Dienstag, den 16. Februar:  
**Extra.**  
Nachtstück-Vorstellung.  
Ein Mann aus dem Volke.  
Nach dem: Nachtstück-  
Kränzen und Beiträge von  
Sängern Norddeutsche Sänger.  
Nachtstückjubiläum und Trabel.  
Entrée wie gewöhnlich.  
Sonnabends u. Sonntags: Tanz.

## Königstadt-Kasino

Polzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.  
Täglich:  
**Franz Sobanski.**  
Die neuen Specialitäten mit  
**Hedwig Döring.**  
Zum Schluss die  
**Der Polade.**  
Nach der Vorstellung: Mittwoch,  
Sonnabends u. Sonntags: Tanz.

## HALT!

Wollen Sie Ihren Husten, Ihre  
Erkältung oder das Kratzen  
im Hals los sein? — Wollen Sie  
eine klare Stimme haben und  
von Ihrer Verschleimung befreit  
sein? — gebrauchen Sie bitte  
**Pascoe's**  
**Brust-Pastillen**

## Pascoe's Brust-Pastillen

à PACKET 25 PFENNIG.  
Sie werden den Versuch nicht  
bereuen!  
Zu haben in Apotheken und Drogerien.

## Große Betten 12 M.

(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit  
geringsten neu u. feinem bei  
Grosch's, Berlin S., Oranien-  
str. 46, Preisliste kostenlos. Diese  
Ankündigung schreiben.

## Sofastoffe

42302\*  
Niesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle-Reste! Mocquets.  
Plüsch-Sattelstaschen.  
Muster bei näherer Angabe franco.  
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

## Arbeiter-Radfahrer-Verein Berlin.

Sonnabend, den 20. Februar d. J., in den Gesamträumen des  
„Sächsischen Brauhaus“, Landsberger Allee 11/13:  
**Grosser Wiener Maskenball.**  
Ausführung einer humoristischen Radfahrer-Pantomime,  
Reigenfahrten, humoristische Vorträge, humoristisches Madonnen  
auf unterlegten Rädern etc.  
Anfang 9 Uhr. Eintritt 50 Pf.  
Es laden freundlich ein  
NB. Sonntag, den 14. d. M., mittags 2 Uhr: Bon Franzfurterstr. 6,  
Edel Remerstr. nach Karlshorst zur „Waldhütte“. Bei schlechtem Wetter  
zur Bahn. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Mittwoch, den 17. d. M.:  
Versammlung im „Sächsischen Brauhaus“. Gäste willkommen.

## Vorwärts-Buchhandlung

SW. Lindenstraße 69, Laden.  
**Schriften von Karl Marx:**  
Das Kapital. Kritik der politischen  
Ökonomie. 23/1\*  
1. Bd.: Der Produktionsprozess  
des Kapitals. 4 Bände. M. 9,—;  
in Halbbd. geb. M. 11,—  
2. Bd.: Der Circulationsprozess  
des Kapitals. 2 Bände. M. 8,—;  
in Halbbd. geb. M. 10,—  
3. Bd.: Der Gesamtprozess der  
kapitalistischen Produktion. Zwei  
Teile. M. 10,—; in Halbbd.  
geb. M. 14,—  
Die Klassenkämpfe in Frankreich  
1848—50. Mit einer Einleitung von  
Friedrich Engels. M. 1,—  
Der Bürgerkrieg in Frankreich.  
Adresse des Generalrats der Inter-  
nationalen Arbeiter-Association.  
M. —,30  
Entwicklungen über den Kommun-  
ismus-Prozess zu Köln. Mit  
Einleitung von Fr. Engels und  
Dokumenten. M. —,25  
Sozialdemokratie und Kapital. Separat-  
abdruck aus der „Neuen Rheinischen  
Zeitung“ vom Jahre 1849. M. —,20  
Das Ende der Philosophie.  
Antwort auf Broudhoffs „Philo-  
sophie des Geldes“. Deutsch von  
Ch. Bernstein und H. Kaufmann.  
Mit Vorwort und Noten von  
Fr. Engels. Brosch. M. 1,50;  
geb. M. 2,—  
Marx vor den Wiener Ge-  
schichtswissenschaften. Prolegomena  
zur Kritik der rheinischen Demo-  
kratie wegen Auftrags zum Be-  
nennung des Widerstand (9. Febr. 1849).  
Mit Vorwort von Fr. Engels.  
Neue Auflage. M. —,30  
Revolution und Reuter-Revo-  
lution in Deutschland. Deutsch  
von Karl Kaufmann. Brosch.  
M. 1,50; geb. M. 2,—  
Der 18. Brumaire des Louis  
Bonaparte. M. 1,—

## Frische Wurst

4237L\*  
Reich Augustin, Lindenstr. 69.  
Sof. parterre.  
„Gocwärtz“-Haus. Frühstück- und  
Mittagstisch. Sitzungszimmer.

## Gardinen-Specialhaus

Berlin S., Oranienstr. 158.  
**Emil Lefèvre.**  
Wunderbare Neuheiten.  
Gardinen, Stores, Vitrages in  
Secession- und Jugend-Stil.  
Restbestände, spottbillig!  
Special-Katalog mit circa 600  
Illustrationen  
gratis und franco.

## Köpenick.

Materialwaren- und Grünfram-  
geschäft mit Rolle billig zu ver-  
kaufen. **Richard Richter,**  
Kaiserin Auguste Victoriastr. 17.  
**Prima Schnitzel**  
à Pfund 1 Mark.  
Rückenkost à Pfund 50 Pf.  
Carl Schubert, Prinzenstr. 25  
**Wer-Stoff-hat.**  
• Fertige Anzug 20 M., feinste  
• Tuch, 2 Anzügen, für guten  
• Sitz bekam goldne Medaille.  
• Ludwig Engel,  
• Prenzlauerstr. 23, 2 Tr.,  
• nahe Alexanderplatz. (Geogr. 1892.)

## Stenographie

Stolze-Schrey.  
Unterrichtskurse finden statt:  
Freitag, 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr,  
bei Gröpe, Annenstr. 16.  
Sonntag, 14. Februar, vorm. 10 Uhr,  
bei Wottschy, Reichsbergerstr. 19, am  
Stettiner Thor.  
Unterrichtsgeld 6 Mark inkl. Lehr-  
mittel. Die erste Stunde ist frei.  
Für Fortgeschrittene findet jeden  
Freitagabend bei Gröpe, Annenstr. 16,  
Übungsstunde statt. 12726

## Kranz- und Blumenbinderei

von **Robert Meyer,**  
nur Mariannen-Str. 2.  
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-  
Arrangements, Bouquets, Girlanden  
etc. werden fein u. preiswert geliefert

## Kranz- und Blumenbinderei

von **H. Rodewald,**  
Alexandrienenstr. 1a.  
Kranz- u. Blumengirlanden,  
Verzierung zu Festlichkeiten, Bouquets,  
Tischgewächse jeder Art etc. preiswert.

## Zahn-Klinik.

Preise  
• billige Zahn-  
• zahlung.  
• Invaliden-  
• strasse 143.  
**Olga Jacobson,** Blumen-  
• str. 12.  
**Carl Goeringer,** Dentist,  
• N., Eichendorffstr. 21, über Baumstr.

## Nur neuste Moden.

Dieser steife, schwarze Hut mit Futter,  
moderne Form, kostet 1,90 M.  
**Cylinderhüte und Chapeau claque**  
in großer Auswahl.  
**Special-Hut-Engroslager nur neuester Moden.**  
**Einzelverkauf zu Fabrikpreisen**  
im Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Trepp,  
• drittes Haus vom Alexander-Platz.  
• Große Auswahl, außergewöhnlich billige Preise. 41002\*  
neue Form, mit Futter M. 1,50,  
mit Atlasfutter M. 2,—, hochfeine  
Qualität M. 2,50, extra feine M. 3,—, beste Qualität M. 4,50.

## Einzelverkauf zu Fabrikpreisen

im Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Trepp,  
• drittes Haus vom Alexander-Platz.  
• Große Auswahl, außergewöhnlich billige Preise. 41002\*  
neue Form, mit Futter M. 1,50,  
mit Atlasfutter M. 2,—, hochfeine  
Qualität M. 2,50, extra feine M. 3,—, beste Qualität M. 4,50.



Reichstag.

80. Sitzung, Donnerstag, 11. Februar 1904, 1 Uhr.

Vom Bundesratsvorsitzenden: Herr v. Stengel, Graf Posadowski.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung einer Novelle zur Reichsschuldenordnung.

Dadurch soll der Reichszentraler ermächtigt werden, ältere Schaftanweisungen durch Ausgabe von neuen Schaftanweisungen und von Schuldverschreibungen in dem erforderlichen Reimbetrage einzulösen.

Staatssekretär Herr v. Stengel: Es handelt sich hier um zwei Ergänzungen der Reichsschuldenordnung von 1900.

Bei der Realisierung von Staatsanleihen kann man entweder gleich definitive Schuldanweisungen ausgeben oder zunächst provisorische Schaftanweisungen begeben.

Die verbündeten Regierungen sind mit dem Reichszentraler der Meinung, daß eine Konsolidation eines Kredites erst dann eintreift, wenn die Kredite definitiv erschöpft sind, nicht aber schon dann, wenn erst provisorische Schaftanweisungen ausgegeben sind.

Die beiden ersten 20 Millionen-Maten sind am 1. April und am 1. Juli d. J. fällig.

Die Ausführungen des Staatssekretärs haben bestätigt, was einem aufmerksamen Leser der Reichsschuldenordnung auffallen wird, daß in der Tat in dieser eine Reihe von zweifelhaften Bestimmungen enthalten ist.

Es bleibt uns also nichts andres übrig, als diese fälligen Schaftanweisungen durch Begebung neuer Schuldpaniere einzulösen.

Die Ausführungen des Staatssekretärs haben bestätigt, was einem aufmerksamen Leser der Reichsschuldenordnung auffallen wird, daß in der Tat in dieser eine Reihe von zweifelhaften Bestimmungen enthalten ist.

Es bleibt uns also nichts andres übrig, als diese fälligen Schaftanweisungen durch Begebung neuer Schuldpaniere einzulösen.

Die Ausführungen des Staatssekretärs haben bestätigt, was einem aufmerksamen Leser der Reichsschuldenordnung auffallen wird, daß in der Tat in dieser eine Reihe von zweifelhaften Bestimmungen enthalten ist.

Es bleibt uns also nichts andres übrig, als diese fälligen Schaftanweisungen durch Begebung neuer Schuldpaniere einzulösen.

Die Ausführungen des Staatssekretärs haben bestätigt, was einem aufmerksamen Leser der Reichsschuldenordnung auffallen wird, daß in der Tat in dieser eine Reihe von zweifelhaften Bestimmungen enthalten ist.

Es bleibt uns also nichts andres übrig, als diese fälligen Schaftanweisungen durch Begebung neuer Schuldpaniere einzulösen.

Die Ausführungen des Staatssekretärs haben bestätigt, was einem aufmerksamen Leser der Reichsschuldenordnung auffallen wird, daß in der Tat in dieser eine Reihe von zweifelhaften Bestimmungen enthalten ist.

Es bleibt uns also nichts andres übrig, als diese fälligen Schaftanweisungen durch Begebung neuer Schuldpaniere einzulösen.

deren jede schwebende Schuld in eine dauernde verwandelt wird.

Ich trete dem Antrag Kampf bei, die Novelle der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Gamp (Rp.): Ich bin kein Freund der Schaftanweisungspolitik; die Reichsfinanzverwaltung sollte nicht dauernde Bedürfnisse durch Schaftanweisungen decken.

Im übrigen mag man über Herrn v. Thielmann denken, wie man will, man muß zugeben, daß er bei der Begebung der 80 Millionen-Anleihe die reichsstatistischen Interessen in hervorragender Weise gewahrt hat.

Schaftsekretär Herr v. Stengel: Ich muß mich dagegen verwahren, daß ich irgend einen Zabel oder Vorwurf gegen den Freiherrn v. Thielmann ausgesprochen hätte.

Abg. Dr. Banse (natf.) hält eine Kommissionsberatung für unnötig und befragt die Annahme des Entwurfes.

Abg. Schradler (fr. Bg.): Da die meisten Parteien gegen Kommissionsberatung sind, so hoffe auch wir, daß im Plenum eine Verständigung erzielt werden wird.

Abg. Kämpf (fr. Bp.): Auf die Unklarheiten in den jetzigen Bestimmungen der Reichsschuldenordnung habe ich schon in meiner ersten Rede hingewiesen.

Abg. Singer (Soz.): Die Debatte hat eine Reihe von Momenten ergeben, die nach meiner Überzeugung doch in der Kommission besser zu lösen sein werden als hier.

Abg. Gamp (Rp.): Weiterhin machte Abg. Gamp eine Reihe von Vorschlägen über die Begebung der Anleihe.

Abg. Singer (Soz.): Ich hätte vielleicht gar keinen Widerspruch gegen die Ausführungen des Herrn Gamp für notwendig gehalten.

Abg. Gamp (Rp.): Eine durchgreifende Milderung der Reichsschuldenordnung habe ich weder angeregt noch gewünscht.

Abg. Singer (Soz.): Ich hätte vielleicht gar keinen Widerspruch gegen die Ausführungen des Herrn Gamp für notwendig gehalten.

Abg. Gamp (Rp.): Eine durchgreifende Milderung der Reichsschuldenordnung habe ich weder angeregt noch gewünscht.

Abg. Singer (Soz.): Ich hätte vielleicht gar keinen Widerspruch gegen die Ausführungen des Herrn Gamp für notwendig gehalten.

Abg. Gamp (Rp.): Eine durchgreifende Milderung der Reichsschuldenordnung habe ich weder angeregt noch gewünscht.

Abg. Singer (Soz.): Ich hätte vielleicht gar keinen Widerspruch gegen die Ausführungen des Herrn Gamp für notwendig gehalten.

Abg. Gamp (Rp.): Eine durchgreifende Milderung der Reichsschuldenordnung habe ich weder angeregt noch gewünscht.

Abg. Singer (Soz.): Ich hätte vielleicht gar keinen Widerspruch gegen die Ausführungen des Herrn Gamp für notwendig gehalten.

und die Freistimmigen, sowie der Abg. v. Strombeck (C.). Das Haus tritt daher sofort in die zweite Beratung ein.

§ 1 und die folgenden werden debattielos einstimmig angenommen.

Die zweite Lesung des Reichshaushalts wird fortgesetzt.

Zum Kapitel Reichsgesundheitsamt wird folgende Resolution Dr. Mugdan (fr. Bp.) und Genossen gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Abg. Gidhoff (fr. Bp.): Im Hinblick auf die großen schwebenden Patentprozesse möchte ich das Patentamt bitten, tüchtige, erfahrene Männer der Praxis hinzuzuziehen.

Abg. Pauli (L.) Verweisung des keineswegs dringlichen ESTATTES an die Budgetkommission, um die Gehälter der fest angestellten Beamten noch einmal zu überprüfen.

Abg. Dr. Mügenberg (C.) auf seine Ausführungen vom Sonnabend und die Angriffe, die deswegen gegen ihn erhoben worden sind, zurück.

Abg. Kollenuh (Soz.): Ich hatte erwartet, daß der Vorredner bei diesem Punkte der Tagesordnung die Forderung der freien Arztwahl auch für die Berufsvereinigungen stellen würde.

Abg. Singer (Soz.): Die Debatte hat eine Reihe von Momenten ergeben, die nach meiner Überzeugung doch in der Kommission besser zu lösen sein werden als hier.

Abg. Gamp (Rp.): Weiterhin machte Abg. Gamp eine Reihe von Vorschlägen über die Begebung der Anleihe.

Abg. Singer (Soz.): Ich hätte vielleicht gar keinen Widerspruch gegen die Ausführungen des Herrn Gamp für notwendig gehalten.

Abg. Gamp (Rp.): Eine durchgreifende Milderung der Reichsschuldenordnung habe ich weder angeregt noch gewünscht.

Abg. Singer (Soz.): Ich hätte vielleicht gar keinen Widerspruch gegen die Ausführungen des Herrn Gamp für notwendig gehalten.

Abg. Gamp (Rp.): Eine durchgreifende Milderung der Reichsschuldenordnung habe ich weder angeregt noch gewünscht.

Abg. Singer (Soz.): Ich hätte vielleicht gar keinen Widerspruch gegen die Ausführungen des Herrn Gamp für notwendig gehalten.

Abg. Gamp (Rp.): Eine durchgreifende Milderung der Reichsschuldenordnung habe ich weder angeregt noch gewünscht.

Abg. Singer (Soz.): Ich hätte vielleicht gar keinen Widerspruch gegen die Ausführungen des Herrn Gamp für notwendig gehalten.

Abg. Gamp (Rp.): Eine durchgreifende Milderung der Reichsschuldenordnung habe ich weder angeregt noch gewünscht.

Abg. Singer (Soz.): Ich hätte vielleicht gar keinen Widerspruch gegen die Ausführungen des Herrn Gamp für notwendig gehalten.









